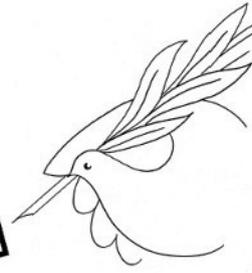


FRIEDENS JOURNAL



Unaufhaltsam auf dem Weg in den dritten Weltkrieg?



Foto: Ralf Roletschek (Spielbank Wiesbaden)

- Der Ukrainekrieg als Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts
- Nukleare Abschreckung und russische Reaktionen
- Berliner Politiker: Die Pokerspieler
- Überlegenheit der USA gegen Atomwaffenarsenal Russlands und Chinas
- Deutschlands Unterstützung für Israels Völkermord und Terror beenden!
- Berliner Appell / Friedensratschlag



Herausgeber:
Bundesausschuss
Friedensratschlag

Nov. - Dez. 2024/Nr. 6

Unaufhaltsam auf dem Weg in den dritten Weltkrieg?

Inhalt

Der Ukrainekrieg als Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts	3
Nukleare Abschreckung und russische Reaktionen	6
Berliner Politiker: Die Pokerspieler	8
Überlegenheit der USA gegen Atomwaffenarsenal Russlands und Chinas	10
Atomkriegsgefahr näher denn je	11
Deutschlands Unterstützung für Israels Völkermord und Terror beenden!	12
Buchbesprechung: Wirtschaftskrieg	14
US-Militärbasen in Nord- und Osteuropa	15
Berliner Appell – Demo am 3.10.2024	16
Rede von Peter Gauweiler am 3.10.2024	17
Shell-Jugendstudie über Zukunftsängste	18
IMI-Kongress in Tübingen	19
Bundesweiter Friedensratschlag 2024	20

Alle Fußnoten in den Beiträgen, sowie Autoren- und Quellenverweise finden sich in der Web-Fassung dieser Ausgabe unter <https://frieden-und-zukunft.de/fj-archiv/>

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:
25.10.2024

Impressum

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

Herausgeber:

Bundesausschuss Friedensratschlag
Germaniastraße 14, 34119 Kassel
www.friedensratschlag.de

Redaktion:

Annette Groth, Joachim Guilliard, Lühr Henken, Werner Ruf, Ewald Ziegler, Karl-Heinz Peil (V.i.S.d.P).

Redaktionsanschrift:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,
Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,
60329 Frankfurt am Main
e-Mail: info@frieden-und-zukunft.de

Kontoverbindung:

Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.
Frankfurter Sparkasse, BIC: HELADEF1822
IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90

Internetausgabe:

auf www.frieden-und-zukunft.de
mit digitalem Archiv ab 2010.

ISSN 2193-9233d

Liebe Leserinnen und Leser,

seit längerem finden sich in der friedenspolitischen Debatte die Warnungen vor einer Eskalation des Ukrainekrieges hin zu einem atomar geführten dritten Weltkrieg. Unstrittig ist, dass dieses Risiko sehr real ist. Dieses gilt vor allem durch das Ignorieren von Warnungen von russischer Seite, die als „Drohungen“ abgetan werden.

Dabei ist zugrunde zu legen, dass bereits die militärische Intervention Russlands in die Ukraine nur durch das Ignorieren von Warnungen zustande kam, die nicht nur von Putin vor dem 24. Februar 2022 ausgesprochen wurden, sondern in den zurück liegenden Jahrzehnten auch von vielen klugen westlichen Analysten.

Weltkriegsszenarien drohen aber auch durch andere Hauptkonfliktherde dieser Welt. Aktuell gilt dieses für die Eskalation in Westasien mit dem von Israel angezettelten Mehrfrontenkrieg. Noch keine Kriegssituation, aber eine dahin führende Entwicklung zeichnet sich im Westpazifik ab, wo es schließlich eine erklärte Zielsetzung der USA ist, gegen China „kriegstüchtig“ zu werden. Ein solches Szenario droht nicht erst in der nächsten Zukunft, sondern rückt durch das zunehmend provokative Verhalten von mehreren Seiten im Westpazifik bereits aktuell in den Fokus.

Strittig dürfte bei der Bewertung dieser Entwicklungen sein, ab wann man von einem Weltkrieg sprechen kann. Schließlich gibt es im historischen Rückblick auch für den zweiten Weltkrieg unterschiedliche Definitionen. Lange vor dem deutschen Überfall auf Polen begann bereits 1931 der Krieg Japans gegen China durch die Besetzung der gesamten Mandschurei. Die Menschenopfer Chinas in diesem Teil des Weltkrieges waren sogar in ähnlicher Höhe wie in der Sowjetunion.

Unstrittig hingegen dürfte sein, dass die Risiken einer atomaren Weltkriegskatastrophe einem Poker- oder Roulettespiel gleichzusetzen sind. Das heißt, die Überlebenschancen der Menschheit liegen allenfalls bei 50%,

was man in Spielcasinos als „Vabanque“-Spiel bezeichnet, wie auf unserem Titelbild angedeutet. Oder auch als „Tanz auf dem Vulkan“ wie im Fazit des Artikelbeitrages von Patrick Baab.

Unstrittig ist sicherlich auch, dass der Ukrainekrieg – unabhängig von Weltkriegsdefinitionen – bereits jetzt als Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts bezeichnet werden kann. Chancen dafür, dass diese Entwicklung doch noch ohne globale Menschheitskatastrophe endet, liegen ausgerechnet in unserem Land, das für die beiden Weltkriege des letzten Jahrhunderts verantwortlich war.

Hierzulande werden die Stimmen der schlimmsten Kriegstreiber weltweit immer lauter. Seien es Forderungen nach Bombardierungen des Kreml (via Ukraine), die blinde Unterstützung für Völkermord und Terror Israels oder das „Flagge zeigen“ in chinesischen Hoheitsgewässern.

Dem entgegen stehen wir als Friedensbewegung, mit einer ermutigenden neuen Stärke, die sich am 3.10. in Berlin gezeigt hat, aber auch mit gewaltigen Herausforderungen. Die kürzlich veröffentlichte Shell-Jugendstudie zeigt, dass die Angst vor einem (umfassenden) Krieg in Europa drastisch zugenommen hat. Gleichzeitig ist es schwierig, Zukunftsangst in politisches Handeln umzusetzen.

Ein Ansatzpunkt dafür ist sicherlich, dass die aktuelle Wehrpflichtdebatte direkt auf die Frage zielt: Müssen wir „kriegstüchtig“ oder engagiert für den Frieden sein? Bei dem anstehenden Bundesweiten Friedensratschlag in Kassel wird auch diese Frage eine Rolle spielen. Der dort vorgesehene Erfahrungsaustausch über Aktivitäten auf örtlicher Ebene und die überregionale Vernetzung sind in diesem Jahr wichtiger denn je.

Vor allem soll dort diskutiert werden, wie wir mit Unterschriftensammlungen unter dem Berliner Appell eine Zuspitzung der innenpolitischen Debatte erreichen können, die mit einer neuen Generation friedensbewegter Menschen an die frühere gesellschaftliche Breite anknüpft.

Karl-Heinz Peil

Der Ukraine-Krieg als Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts.

Von Patrik Baab

Buchveröffentlichungen des Autors:

Auf beiden Seiten der Front

- Meine Reisen in die Ukraine
Fiftyfifty, 256 Seiten, Okt. 2023

Propaganda-Presse

- Wie uns Medien und Lohnschreiber in
Kriege treiben

Hintergrund, 128 Seiten, Juli 2024

Weitere Infos zum Autor:

www.patrikbaab.de

Der nachfolgende Beitrag erschien im Overton-Magazin unter dem Titel „Fünf Kriege in einem“. Der Autor begründet diesen Charakter des Ukrainekrieges mit:

(1) *Der ukrainische Bürgerkrieg nach dem Staatsstreich auf dem Maidan*

(2) *Der ukrainisch-russische Bruderkrieg*

(3) *Der geostrategische Krieg um die Vormachtstellung der USA*

(4) *Der globale Wirtschaftskrieg und der Selbstmord Europas*

(5) *Der Krieg gegen die Bevölkerung der westlichen Industrienationen*

Mit Zustimmung des Autors haben wir im wesentlichen aus den Abschnitten zu den letzten drei Kriterien eine gekürzte Fassung erstellt (Die Red.)

Die Ukraine wird derzeit im größten europäischen Krieg seit Ende des Zweiten Weltkriegs zerstört. Das Land hat einen großen Teil seines Territoriums verloren, es wird wahrscheinlich noch mehr verlieren, seine Wirtschaft liegt in Trümmern. Betrug die Zahl der Einwohner 1991 noch 52 Millionen, so ist die Ukraine inzwischen bei 28 Mio. Einwohnern angekommen. Das Land hat hunderttausende Opfer zu beklagen, und natürlich gibt es Millionen Flüchtlinge und Binnen-Flüchtlinge.

Die Zahl der Gefallenen und Schwerverletzten hat mit dem 1. September 2024 auf ukrainischer Seite die Milliongrenze überschritten. Die tatsächlichen Zahlen sind auf beiden Seiten geheim. Aber man kann aus der Auswertung der Todesanzeigen und Nachrufe entsprechende Rückschlüsse ziehen. Danach sind inzwischen mehr als

500.000 ukrainische Soldaten gefallen.

Nicht ganz so hoch sind die Zahlen auf russischer Seite. Das regierungskritische Portal Mediazona kam am 13. September 2024 auf 69.059 Gefallene, wobei noch 19.547 Söldner der Privaten Militär-Firma Wagner dazukommen, die allein im Fleischwolf von Bachmut getötet wurden. Dies ergibt eine Todeszahl von etwa 90.000.

Der geostrategische Krieg um die Vormachtstellung der USA

Die eigentlichen Kriegsursachen sehen namhafte Historiker im Niedergang des Westens und der USA. Nach dem Zweiten Weltkrieg standen sie noch für 45% der weltweiten Industrieproduktion, heute nur noch für maximal 27%. Im Jahr 2000 wurden noch 66% des Welthandels in Dollar abgewickelt, 2022 waren es nur noch 47%, im ersten Trimester 2023 waren es nur noch 40%. Gleichzeitig sanken die Devisenreserven in Dollar in 20 Jahren von 71% auf 60%. Im Jahr 2022 galten von 224,3 Mio. US-Amerikanern 140 Mio. als arm oder geringverdienend.

Ähnliches gilt für den gesamten Westen: 1980 hatte der Westen einen Anteil an der Weltwirtschaft von 80% und der Rest der Welt trug 20% bei. Heute haben die aufstrebenden Länder einen Anteil an der Weltwirtschaft von knapp 70%, der Westen hat gerade mal noch gut 30%.

Emmanuel Todd: *„Falls Russland gewinnt, bricht das imperiale System der Vereinigten Staaten zusammen... Wenn Russland überlebt, den Donbass und die Krim behält, wenn seine Wirtschaft weiterhin funktioniert und es seine Handelsbeziehungen neu gestalten kann, mit China und Indien – dann hat Amerika den Krieg verloren. Und in der Folge wird es seine Alliierten verlieren. Deshalb werden Amerika und die NATO weitmachen... Seine hauptsächliche Ursache ist die Krise des Westens... Der Westen hat seine Werte verloren und befindet sich in einer Spirale der Selbsterstörung... Russland ist im Begriff, sich als kulturell konservative, in technischer*

Hinsicht fortschrittliche Großmacht neu zu bestimmen.“

Der norwegische Historiker Glenn Diesen schreibt: „Der Ukraine-Krieg war eine vorhersehbare Konsequenz einer nicht nachhaltigen Weltordnung und wurde ein Schlachtfeld für das Ringen um die künftige Weltordnung zwischen globaler Hegemonie oder einer westfälischen multipolaren Welt. Das Ziel, Russland militärisch, wirtschaftlich oder politisch niederzukämpfen durch eine globale Isolierung ist gescheitert. Die NATO reagierte mit kontinuierlicher Eskalation und Theatralik.

Da es eine anerkannte Tatsache ist, dass die Ukraine zunehmend zerstört wurde durch unvorstellbares Leid und ihre militärischen Ziele nicht erreicht wurden, ist die einzige mögliche Konfliktlösung für den Westen, Russlands legitime Sicherheitsinteressen anzuerkennen und so das Sicherheitsdilemma zu entschärfen. Die Schwierigkeiten dabei erwachsen daraus, dass dies die Ära der liberalen Hegemonie beenden würde.“

Inzwischen wird in den Vereinigten Staaten schon offen darüber gesprochen, dass die Europäer die Kosten des Krieges werden bezahlen müssen. Dies wird den Etat der Europäischen Union in einer hohen dreistelligen Milliardenhöhe belasten; und der Krieg ist noch nicht zu Ende. Deutschland ist der größte Netto-Zahler der EU. Damit werden die Kosten des Krieges und die Lasten des Wiederaufbaus beim deutschen Steuerzahler ankommen. Massive Einschnitte im sozialen Bereich werden die Folge sein.

Die erforderlichen Milliarden zur Durchfinanzierung von Schulen und Universitäten werden fehlen. Die Qualifikationslücke insbesondere beim akademischen Nachwuchs wird zunehmen. Die Infrastruktur wird schleichend zerfallen. Schon heute sind tausende Brücken in Deutschland marode, es fehlt an Investitionen in Straßen und Schienen. Dies wird die Logistikkosten der Unternehmen erhöhen und die Suche nach gutem Nachwuchs erschweren.

An anderer Stelle bekräftigt Emmanuel Todd seine Auffassung, dass Russland einen „defensiven und präventiven Krieg“ führt: „Dieser Krieg ist... für die Vereinigten Staaten existenziell geworden. Genauso wenig wie Russland können sie sich aus diesem Konflikt zurückziehen, sie können nicht loslassen. Deshalb befinden wir uns jetzt in einem endlosen Krieg, in einer Konfrontation, deren Ergebnis der Zusammenbruch des einen oder des anderen sein muss.“

Der amerikanische Historiker Nikolai Petro hat darauf hingewiesen, dass die Sanktionen aus zwei Gründen ihre Wirkung verfehlen: Erstens hat Russland seit 2014 Erfahrung im Umgang mit Sanktionen und die binnenwirtschaftliche Resilienz gestärkt. Zweitens bleiben 153 Länder Partnerstaaten Russlands. So gelingt es, die Sanktionen breit zu umgehen. Nicht Russland ist isoliert, sondern der Westen. Der European Council On Foreign Relations fand dafür die Formulierung: „*United West, divided from the rest.*“

Ende 2022 war Russland Chinas zweitgrößter Lieferant von Rohöl geworden. Indien ist ebenfalls ein wichtiger Öl-Kunde. Das Land produziert lediglich 10% des heimischen Bedarfs. Aber 34% des verbleibenden Restes des indischen Ölverbrauchs kam

2023 aus Russland. Gleichzeitig werden die östlichen Handelsrouten ausgebaut. In den Werften von St. Petersburg werden neue atomgetriebene Eisbrecher gebaut, die den Transport von Öl und Gas nach China und Indien über die Nordroute das ganze Jahr über möglich machen.

Fortschritte macht auch der Ausbau des 7.200 Kilometer langen North-South Transport Corridor (INSTC), der von St. Petersburg zu Häfen im Süd-Iran und weiter nach Mumbai verlaufen wird. Diese Transportrouten umgehen Europa und verkürzen die Standardrouten durch das Mittelmeer und den Suezkanal auf weniger als die Hälfte. Die Transportzeit von Moskau nach Mumbai verkürzt sich damit von 40 bis 60 Tagen auf 25-30 Tage. Die Transportkosten sinken damit um 30%. Fortschritte auch auf der Westroute durch Aserbaidschan. Dort stiegen die Bahnfrachtraten im Jahr 2023 um 30%.

Im Juni 2024 wurde die Zugverbindung zwischen Kaspischem Meer und dem Persischen Golf eröffnet. Zur gleichen Zeit werden die Routen von Europa nach Asien durch den Suez-Kanal gefährlicher. Die Huthi-Rebellen im Yemen bedrohen die Frachtschiffe im Roten Meer, als Antwort auf den Völkermord Israels in Gaza. Im Han-

delskrieg mit dem Westen hat sich Moskau durchgesetzt.

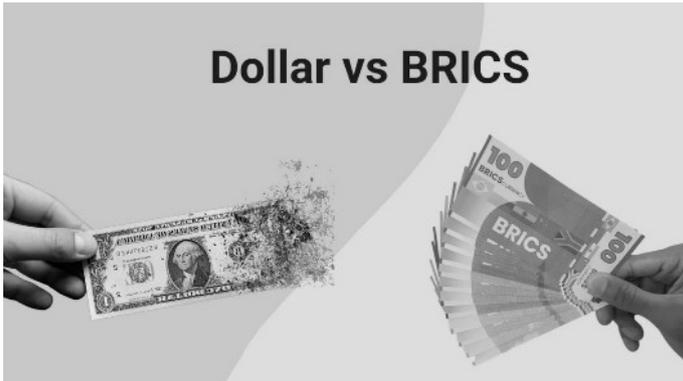
Allerdings wirken sich die Folgen des Wirtschaftskrieges auf die USA und Europa unterschiedlich aus. Die Ukraine ist der größte Verlierer dieses Krieges, ein ganzes Land, hunderttausende Menschen werden geopfert auf dem Altar geopolitischer und wirtschaftlicher Interessen. Der zweite Verlierer ist allerdings Deutschland.

Das Münchner Ifo-Institut registriert einen Rückgang des Geschäftsklimas in der Autoindustrie im August 2024: Er fiel um 6,2 % auf minus 24,7 %, ein regelrechter „Sturzflug“ der Stimmung, wie Ifo-Expertin Anita Wölfel mitteilte. Es mangle an Aufträgen, insbesondere aus dem Ausland. Wegen der hohen Energiepreise beabsichtigen 37% der Industrieunternehmen, ihre Produktion in andere Länder zu verlagern.

Das Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung und Creditreform rechnen im Schließungsreport vor, dass im vergangenen Jahr 176.000 Unternehmen geschlossen wurden. Als Hauptursache sehen sie hohe Energie- und Investitionskosten, unterbrochene Lieferketten, Personal-mangel und politische Unsicherheit. Das alles sei für die Wirtschaft ein „*toxischer Cocktail*“.

Die Eliten des Westens haben sich in eine Sackgasse manövriert, und statt sich zu besinnen, treiben sie die Bevölkerung immer tiefer in den Ukraine-Krieg hinein. Auch dies hat wirtschaftliche Gründe. Beim Besuch in Kiew hat US-Senator Lindsey Graham am 6. September 2024 deutlich gemacht: Die Ukraine sitze auf Rohstoffen im Wert von Billionen US-Dollar, die „für die US-Wirtschaft gut“ seien, und dass die Ukraine kämpfe, damit die USA nicht kämpfen müssen.

Hier liegen die eigentlichen Kriegsgründe. Emmanuel Todd geht davon aus, dass in dieser Hinsicht der dritte Weltkrieg bereits begonnen habe. Diese weltweite Auseinandersetzung verlaufe aber anders, als der Westen sich das wünsche. Er nennt zehn große Überraschungen dieses Krieges: „*Die zehnte und letzte Überraschung materialisiert sich gerade. Es ist die Niederlage des Westens. Man mag*



Grafik: charteredjournal.com

Der globale Wirtschaftskrieg

Die USA und ihre europäischen Satrapen glaubten, sie könnten Russland mit Wirtschaftssanktionen in die Knie zwingen.

Inzwischen sind diese Leute recht kleinlaut geworden, nachdem auch deutsche Forschungsinstitute festgestellt haben, dass die Sanktionen zum Bumerang geworden sind. Die Wirtschaftskampagne gegen Russland hat versagt. Sie führte zu steigenden Energie- und Rohstoff- und Nahrungsmittelpreisen im Westen. Mit der Sprengung der Nordstream-Pipeline, die der Forscher Seymour Hersh Washington zuordnet, ist für Deutschland die Energiefalle zugeschnappt.

Russlands Wirtschaft ist auf den neuen Märkten Eurasiens und des globalen Südens auf Wachstumskurs. Nur die USA, Kanada, die 27 Mitgliedsstaaten der EU, Japan, Australien, Neuseeland, Norwegen, die Schweiz, die Ukraine, das Vereinigte Königreich, die Bahamas, Südkorea und Taiwan sanktionieren Russland, bei einzelnen Punkten auch die Türkei. Das sind nach meiner Rechnung derzeit 40 Staaten. Den Vereinten Nationen gehören 193 Mitgliedsstaaten an. Die restlichen 153 treiben weiter Handel mit Russland.

sich über eine solche Aussage wundern, wenn der Krieg noch nicht vorbei ist. Aber diese Niederlage ist sicher, denn der Westen zerstört sich eher selbst, als dass er von Russland angegriffen wird."

Der Krieg gegen die Bevölkerung

Wenn ich nun von einem Krieg gegen die eigene Bevölkerung spreche, so lasse ich mich von einem Gedanken des Schriftstellers George Orwell leiten. Er legte in seinem dystopischen Roman 1984 dar: *„Der Krieg wird von jeder herrschenden Gruppe gegen ihre eigenen Untertanen geführt, und das Ziel des Krieges ist nicht die Eroberung von Territorien oder deren Verhinderung, sondern die Aufrechterhaltung der Gesellschaftsstruktur. Das Wort ‚Krieg‘ selbst ist daher irreführend geworden. Wahrscheinlich wäre es zutreffend zu sagen, dass der Krieg aufgehört hat zu existieren, weil er zu einem Dauerzustand geworden ist.“*

Wie George Orwell in seinem prophetischen Roman 1984 schreibt, dienen alle modernen Kriege in erster Linie diesem Zweck. Das bedeutet, der Krieg richtet sich nicht in erster Linie gegen den äußeren Feind. Es geht um die Überwachung der eigenen Bevölkerung und um die Enteignung des Mittelstandes und der abhängig Beschäftigten.

Wir haben es nicht zu tun mit einem Kampf um westliche Werte oder die regelbasierte Ordnung. Wie der US-Wirtschaftsanalyst Martin Armstrong ausgeführt hat, handelt es sich um einen politischen Notfall. Die Machteliten des Westens brauchen den Krieg, denn sie haben sich in eine Sackgasse hineinmanövriert.

Wenn wir einmal die Corona-Krise mit in den Blick nehmen, kann man mit dem niederländischen Historiker Kees van der Pijl sagen: *„Was sich vor unseren Augen abspielt, ist der schrittweise Austausch des westlichen Liberalismus gegen eine autoritäre Staats- und Gesellschaftsstruktur.“* Alles im Namen des Virus oder des Kampfes um westliche Werte gegen den Diktator Putin. *„Der im Frühjahr 2020 ausgerufenen Kriegszustand dient in Wirklichkeit der Sicherung der bestehenden Ordnung.“*

Mit dem Kampf gegen den Terror nach 9/11 *„verflüchtigte sich das Versprechen des amerikanischen Traumes bald*

und wurde durch die Politik der Angst ersetzt, eine Regierungsform, die auf der Verängstigung der Öffentlichkeit beruht. Mit dem Patriot Act wurde die Demokratie um mehrere Stufen zurückgeschraubt. Orwells Einschätzung des permanenten Krieges als Mittel zur Sicherung der bestehenden Gesellschaftsordnung hatte sich bewahrheitet.“

Mit der Corona-Krise hat die Enteignung des Mittelstandes massiv zugenommen. Wie die inzwischen veröffentlichten RKI-Files zeigen, waren die Maßnahmen nicht medizinisch oder virologisch, sondern politisch indiziert und wurden von der Politik durchgesetzt. Die massiven Einschränkungen führten dazu, dass viele kleinere Unternehmen aufgeben mussten. Die Dienstleistungen wurden übernommen von großen Ketten oder Digitalkonzernen. So können die Gewinnmargen der Großen auf Kosten der Kleinen gesichert werden. Dieser Prozess wird sich infolge des Ukraine-Krieges und der Sanktionen des Westens beschleunigen.

Dies bekommen die mittelständischen Unternehmen in besonderer Weise zu spüren. Anders verhält es sich bei den DAX-Konzernen: Die steuerliche Freistellung von Veräußerungsgewinnen 2002 unter Bundeskanzler Schröder hat dazu geführt, dass die deutschen Banken ihre Industriebeteiligungen abgegeben haben und in strukturierte Wertpapiere investiert haben. Dies hat den Weg in die Finanzkrise unterstützt. Die Industriebeteiligungen wurden v.a. von ausländischen, insbesondere US-amerikanischen Finanzinvestoren übernommen. US-Finanzinvestoren sind heute bei fast allen deutschen DAX-Konzernen beteiligt. Sie entscheiden mit über Management und Boni.

Eine Verlagerung von Fertigungskapazitäten nach USA oder China ist für solche Großkonzerne lediglich ein Rechenexempel. Sie müssen langfristig die Dividende der Aktionäre sicherstellen. Demgegenüber sind mittelständische Unternehmen stärker ortsgebunden. Sie werden die Folgen einer verfehlten Politik härter zu spüren bekommen.

Der Zusammenbruch der Dresdner Elbbrücke mag technisch nachvollziehbare Ursachen haben. Er ist aber

jetzt schon ein Symbolbild für den Zerfall eines ganzen Landes. Fachleute erwarten hier eine schleichende Agonie, wie wir sie aus Italien oder Griechenland kennen. Die Menschen spüren, dass es bergab geht. Dennoch krempeln sie die Ärmel nicht auf, sondern dösen ihrem Untergang entgegen. Die Fähigkeit, sich Zukunftsaufgaben zu stellen, scheint nachzulassen. In der Soziologie spricht man von einer großen Regression. Die Standortfaktoren – darin sind sich alle einig – sind deutlich schlechter geworden.

Ausblick: Keine Hoffnung auf Frieden

Die Vereinigten Staaten kämpfen um ihre weltweite Vormachtstellung. Insbesondere die Neocons, die den Apparat in Washington dominieren, halten an der Wolfowitz-Doktrin fest, nach der es weltweit keinen Rivalen der USA geben darf. Sie kennen keinen gegenseitigen Respekt und keine gegenseitige Gleichheit, was beides für friedliche multilaterale Beziehungen zwingend ist. Offenbar ist ein krisengeschütteltes Imperium gewillt, die Welt mit in den Abgrund zu reißen. Die USA wollen der Platzhirsch sein – und das um jeden Preis. Genau das ist die Definition von Imperialismus. Die Folge-Erscheinungen sind Aggression, Kriegstreiberei, die *„regelbasierte Ordnung“*, die nichts anderes ist als die Verbrämung des Faustrechts, und Doppelzüngigkeit. Verbündete werden degradiert zu Hinterassen, zu Satrapen, die nach Belieben für die Interessen der USA benutzt werden können.

Doch die Welt hat sich geändert. Sie stimmt nicht mehr mit den globalen Illusionen der USA überein. Die Hegemonie Washingtons ist nicht mehr realisierbar. Wie beim Untergang des Römischen Reiches, brechen deshalb an den Peripherien des Imperiums asymmetrische Kriege aus. In einem jahrzehnte-, wenn nicht jahrhundertelangen Abnutzungskampf werden die USA darin die Kräfte ihrer Satrapen überdehnen und allmählich ihre eigenen verschleifen.

Doch dieser Krieg wird noch lange anhalten. Es ist ein Tanz auf dem Vulkan.

Nukleare Abschreckung und russische Reaktionen

von Dmitri Trenin

Dmitri Trenin, der Leiter des Instituts für militärische Weltwirtschaft und Strategie an der Nationalen Forschungsuniversität Higher School of Economics in Moskau und ein führender Forscher am Primakov-Institut für internationale Beziehungen der Russischen Akademie der Wissenschaften, ist den politisch interessierten Zuschauern und Zuhörern des russischen Fernsehens bekannt. Sie schätzen seine differenzierten Ansichten zur geopolitischen Situation und deren wirtschaftliche Auswirkungen. (Vorbemerkungen von Globalbridge.ch, wo dieser Beitrag auf deutsch übersetzt und publiziert wurde).

„Ukraine-Krise“ ist eine ungenaue Bezeichnung für das, was derzeit in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen geschieht. Diese Konfrontation ist von globaler Tragweite. Sie umfasst praktisch alle Funktionsbereiche – vom Finanzwesen über die Pharmazie bis hin zum Sport – und erstreckt sich auch über viele geografische Regionen. In Europa, dem Epizentrum dieser Konfrontation, sind die Spannungen nach der Ukraine nun im Baltikum am größten. In Russland (und auch im Westen) wird oft die Frage gestellt, ob die baltische Region zum nächsten Kriegsschauplatz werden wird.

In Europa und Amerika wird seit langem darüber spekuliert, dass die russische Armee nach dem Sieg in der Ukraine weiter vormarschieren wird, nun mit dem Ziel, die baltischen Republiken und Polen zu erobern. Der Zweck dieser simplen Propaganda-Phantasie ist klar: Die Europäer sollen davon überzeugt werden, dass sie einen Krieg auf ihrem eigenen Territorium bekommen können, wenn sie nicht „voll und ganz“ in die Unterstützung Kiews investieren. Bezeichnenderweise wagt es fast niemand in der EU, öffentlich zu fragen, ob Russland selbst an einem direkten bewaffneten Konflikt mit der NATO interessiert ist, welche Ziele es in einem solchen Krieg zu verfolgen gedenkt und welchen Preis es zu zahlen bereit ist. Es liegt auf der Hand, dass allein schon die bloße Stellung solcher Fragen den Vorwurf der Verbreitung russischer Propaganda

nach sich ziehen könnte.

Russland verweist seinerseits auf die provokativen Äußerungen unserer nordwestlichen Nachbarn: Polen, die baltischen Staaten und die Finnen. Sie sprechen insbesondere von der Möglichkeit einer See- und Landblockade Kaliningrads und der Schließung der russischen Ausfahrt aus dem Finnischen Meerbusen. Solche Äußerungen werden meist von Politikern im Ruhestand gemacht, aber manchmal melden sich auch aktive Politiker und Militäroffiziere zu Wort. Diese Drohungen lösen bei den Russen keine Panik aus: Entscheidungen dieser Art werden nicht in Warschau, sondern in Washington getroffen, aber die Situation ist nicht zu übersehen.

Die baltische Region hat ihren Ruf als die stabilste und friedlichste in Europa schon vor vielen Jahren verloren. Nach dem Beitritt Polens (1999), Litauens, Lettlands und Estlands (2004) und in jüngerer Zeit Finnlands (2023) und Schwedens (2024) zur NATO hat sich die Ostsee, wie Brüssel stolz und gerne wiederholt, in einen „NATO-See“ verwandelt. Von Narva (d. h. einem Ort der NATO) nach St. Petersburg sind es zwei Autostunden. Nach dem Beitritt Finnlands zum Atlantikblock verlängerte sich die direkte Kontaktlinie zwischen Russland und der NATO um 1300 Kilometer, also um das Doppelte, und diese Grenze liegt weniger als 150 Kilometer von St. Petersburg entfernt. Der Preis für die freiwillige Aufgabe des Prinzips der geopolitischen Eindämmung durch Moskau am Ende des Kalten Krieges war hoch.

Das NATO-Gebiet hat sich nicht nur in Richtung der russischen Grenze ausgedehnt, sondern wird auch aktiv operativ ausgerüstet. Korridore für den schnellen Zugang der NATO-Streitkräfte zu den Grenzen Russlands (das so genannte militärische Schengen) sind in Betrieb genommen worden; neue Militärstützpunkte werden gebaut und bestehende erweitert; die physische Präsenz des US-Militärs und seiner Verbündeten in der Region

nimmt zu; Übungen von Truppen, Luftstreitkräften und Marineflotten finden in größerem und intensiverem Umfang statt. Die Ankündigung der USA, im Jahr 2026 Mittelstreckenraketen in Deutschland stationieren zu wollen, erinnert an die so genannte Euro-Raketen-Krise Anfang der 1980er Jahre, die nach der Situation um Kuba im Oktober 1962 als die gefährlichste Phase des Kalten Krieges galt.

Die Situation in nordwestlicher Richtung zwingt Russland dazu, seine Strategie der militärischen Abschreckung zu verstärken. Eine Reihe von Schritten ist bereits unternommen worden. Um die nichtnukleare Abschreckung zu verstärken, wurde der Leningrader Militärbezirk neu aufgestellt und es werden neue Formationen und Einheiten gebildet, wo sie lange Zeit nicht vorhanden waren. Die militärische Integration zwischen Russland und Belarus hat erhebliche Fortschritte gemacht. Bereits wurden russische Atomwaffen auf belarussischem Territorium stationiert. Es wurden Übungen der nicht-strategischen Nuklearstreitkräfte der Russischen Föderation abgehalten. Offizielle Warnungen wurden ausgesprochen, dass unter bestimmten Bedingungen militärische Einrichtungen auf dem Gebiet von NATO-Ländern zu legitimen Zielen für russische Angriffe werden. Die Modernisierung der Nukleardoktrin der Russischen Föderation wurde angekündigt. Die nukleare Abschreckung wird damit zu einem aktiveren Instrument der russischen Strategie und verwandelt sich in eine konkrete nukleare Bedrohung des Feindes.

Wir können nur hoffen, dass Washington begreift, dass eine Seeblockade von Kaliningrad oder St. Petersburg ein casus belli wäre – ein Grund für eine Kriegserklärung. Die derzeitige amerikanische Regierung will offensichtlich keinen großen Krieg mit Russland. Die Geschichte zeigt jedoch, dass es manchmal zu Kriegen kommt, auch wenn keine Seite sie zu wollen scheint. Die Strategie der schleichenden Eskalation des Kon-

flikts, um Russland strategisch zu besiegen, die die USA im langwierigen Stellvertreterkrieg in der Ukraine gewählt haben, birgt die Gefahr eines solchen Szenarios, wenn die Logik des einmal eingeleiteten Prozesses beginnt, politische und militärische Entscheidungen zu bestimmen, und die Situation schnell außer Kontrolle gerät.

Eine weitere Gefahr besteht darin, dass Washington nicht nur unverantwortliche Rhetorik betreibt, sondern auch amerikanische Satelliten-Staaten (zum Beispiel die Ukraine, Red.) zu unverantwortlichen Aktionen ermutigt. Letztere könnten im Glauben an ihre Straffreiheit zu weit gehen, indem sie Russland unbedacht provozieren und so die USA und Russland zu einem direkten bewaffneten Zusammenstoß bringen. Auch hier können wir nur hoffen, dass Amerikas Selbsterhaltungstrieb stärker sein wird als seine Arroganz.

Hoffnung ist Hoffnung, aber es ist offensichtlich, dass Russland seine Reserven an verbalen Warnungen bereits ausgeschöpft hat. Die feindseligen Schritte seiner Gegner erfordern nicht

nur eine Verurteilung, sondern eine Unterdrückung – und in jedem Fall eine angemessene Antwort. Jetzt geht es um die Flugplätze der NATO-Länder, einschließlich Polens, auf denen die an Kiew übergebenen F-16-Flugzeuge stationiert werden sollen, um mögliche Versuche auf estnischer und finnischer Seite, den Schiffsverkehr im Finnischen Meerbusen zu stören, um die Aussicht, dass Litauen unter verschiedenen Vorwänden die Eisenbahnverbindung zwischen Kaliningrad und dem russischen Kerngebiet einstellen könnte, sowie um erhebliche Bedrohungen für unseren Verbündeten Belarus. Eine entschlossene Reaktion in einem frühen Stadium der Entwicklung jedes dieser Komplote hat bessere Chancen, eine gefährliche Eskalation zu verhindern. Natürlich ist die stärkste Position für Russland, proaktiv zu sein, eine präventive Strategie zu verfolgen, bei der Moskau nicht auf die Eskalationsschritte des Feindes reagiert, sondern die strategische Initiative besitzt.

Es sollte daran gedacht werden, dass nach dem Ende der aktiven mili-

tärischen Operationen in der Ukraine die Konfrontation Russlands mit dem kollektiven Westen weitergehen wird. Von der Arktis – die ein eigenes Gebiet der Rivalität ist – bis zum Schwarzen Meer gibt es bereits eine solide Trennlinie ohne Lücken. Die europäische Sicherheit ist kein relevantes Konzept mehr, während die eurasische Sicherheit, die auch die europäische Komponente einschließt, eine Angelegenheit der fernen Zukunft ist. Vor Russland liegt eine lange Periode der „Nicht-Welt“, in der es sich nicht auf Vereinbarungen mit westlichen Staaten, sondern nur auf seine eigene Stärke und seine Fähigkeiten verlassen kann. Auf absehbare Zeit wird die baltische Region, die ein vielversprechender, aber gescheiterter „Sammel-punkt“ für Groß-Europa zu sein schien, wahrscheinlich der am stärksten militarisierte und für Russland feindlichste Teil der europäischen Nachbarschaft sein. Wie stabil diese Nachbarschaft sein wird, hängt natürlich auch davon ab, ob die Ziele der Militärischen Sonderoperation in der Ukraine erreicht werden.

Exemplarisch für verharmlosende Gegenpositionen zu der russischen Sichtweise ist dazu ein Beitrag in der NZZ vom 13.9.24, in dem behauptet wird, die Drohungen Putins, nukleare Waffen einzusetzen, seien reiner Bluff (Hinweis der Redaktion Globalbridge).

Die Ukraine hat sich in Kursk auf russisches Territorium vorgewagt. Moskaus nukleare Abschreckung ist am Ende

Die abschreckende Wirkung der russischen Atomwaffen ist heute geringer denn je. Die Gründe dafür liegen in Washington und Berlin – und bei Putins Rhetorik. [...]

Bereits am 11. März 2022 sagte Biden auf einer Pressekonferenz, wenn Amerika «offensive Ausrüstung» in die Ukraine senden würde, wenn es Flugzeuge und Panzer mit amerikanischen Piloten und Crews schicken würde, dann wäre man im dritten Weltkrieg. [...]

Im April 2022 gab der deutsche Bundeskanzler dem Magazin «Spiegel» ein Interview, dessen Titel lautete: «Es darf keinen Atomkrieg geben». Man müsse «alles tun, um eine direkte militärische Konfrontation zwischen der Nato und einer hochgerüsteten Supermacht wie Russland, einer Nuklearmacht, zu vermeiden», sagte Scholz. Er tue «alles, um eine Eskalation zu verhindern, die zu einem dritten Weltkrieg führt. Es darf keinen Atomkrieg geben.»

Biden und Scholz warnten vor einem dritten Weltkrieg beziehungsweise einem Atomkrieg, um Forderungen abzuwehren, der Ukraine durch die Lieferung von weiterrei-

chenden Waffen stärker in ihrer Verteidigung gegen Russland zu helfen. Doch zugleich kommunizierten sie damit gegenüber Moskau ihre Ängste offen. Im Gegenzug nutzen Putin und russische Propagandisten jede Gelegenheit, auf das nukleare Potenzial Russlands zu verweisen.

Doch die roten Linien, die sich Washington und Berlin bei der militärischen Unterstützung der Ukraine setzten, lösten sich nach und nach auf. Je deutlicher die Ukraine Russland 2022 zurückdrängte, umso mehr wuchs die Bereitschaft im Westen, die Ukraine auch mit Panzern, schwerer Artillerie und Kampfflugzeugen auszurüsten.

Die zahlreichen Verweise auf russische Nuklearwaffen, die von Putin selbst, von Ministern und stellvertretenden Ministern kamen – vom amerikanischen Think-Tank CSIS in einer Datenbank gesammelt –, hielten den Westen zwar in steter Anspannung. Doch mit jeder Warnung, auf die nicht Taten folgten, gewann der Westen an Zuversicht, dass Putin nicht wirklich bereit sei, zum Äussersten zu gehen, dass Moskau also im Wesentlichen geblufft habe. Im September 2022 sah sich Putin sogar gezwungen, sein nukleares Säbelrasseln – die Erklärung, dass er «alle verfügbaren Mittel» zur Verteidigung Russlands benutzen werde – mit dem Zusatz zu versehen: «Dies ist kein Bluff.» [...]

Klar ist: Die Schwelle für Russland, nukleare Waffen einzusetzen, liegt erheblich höher, als das Weisse Haus in Washington und das Kanzleramt in Berlin angenommen oder befürchtet hatten. Trotz seinem Dementi hat Putin regelmässig geblufft. [...]

Berliner Politiker: Die Pokerspieler

Redaktion German Foreign Policy



Fregatte Baden-Württemberg, Foto: Wikipedia

Gleich mehrere führende Politiker der Berliner Regierungskoalition dringen auf die Freigabe weitreichender westlicher Waffen für ukrainische Angriffe auf Ziele weit in Russland. Das sei „alternativlos“, behauptet etwa Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen). Auch aus der SPD werden Stimmen laut, die die Freigabe fordern. Moskau hat festgestellt, wegen der notwendigen Beteiligung westlicher Soldaten müsse ein Einsatz etwa von Marschflugkörpern des Typs Storm Shadow als Eintritt in den Krieg gewertet werden – mit entsprechenden Folgen. Hofreiter erklärt ganz im Stil eines Pokerspielers, davon dürfe man sich nicht beeindrucken lassen: Moskaus „Drohungen“ hätten sich „wiederholt als leer erwiesen“. Das trifft nicht zu, wie Russlands Angriff auf die Ukraine am 24. Februar 2022 beweist. Auch mit der Durchfahrt zweier deutscher Kriegsschiffe durch die Taiwanstraße nähert sich Berlin dem Überschreiten weiterer roter Linien an. Dabei schlugen Berliner Regierungsberater vor kurzem vor, die



Bundesregierung solle gegen Fahrten fremder Kriegsschiffe vor den deutschen Küsten vorgehen, jedenfalls dann, wenn es sich um russische Kriegsschiffe handle.

Kriegsschiffe in Hoheitsgewässern

Der Konflikt mit Beijing spitzt sich nach der Durchfahrt der Fregatte Baden-Württemberg und des Einsatzgruppenversorgers Frankfurt am Main durch die Taiwanstraße Ende vergangener Woche weiter zu. China beansprucht die Gewässer bis zu zwölf Meilen vor seiner Festlandküste als Hoheitsgewässer für sich; die Gewässer von zwölf bis zu 200 Meilen vor der Küste hat es, gemäß der United Nations Convention on the Law of the Sea (UNCLOS), zu seiner Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) erklärt. Davon ist die gesamte Taiwanstraße abgedeckt, die an ihrer breitesten Stelle gut 96 Seemeilen misst.^[1]

Klar ist, dass in den Hoheitsgewässern das Recht auf friedliche Durchfahrt gilt: Fremde Kriegsschiffe dürfen sie passieren, dürfen aber keine militärischen Aktivitäten entfalten.^[2] Eine Reihe von Staaten – solche, die einst ganz oder auch teilweise kolonisiert wurden, darunter China – legen die UNCLOS enger aus und fordern eine vorherige Anmeldung der Durchfahrt fremder Kriegsschiffe durch die Hoheitsgewässer ein. In der AWZ sind laut UNCLOS militärische Aktivitäten grundsätzlich erlaubt; Ausnahmen bestehen, wenn dabei souveräne Rechte der Küstenstaaten beeinträchtigt werden. Auch diesbezüglich legen vor allem einst kolonisierte Staaten striktere Regeln fest, darunter China, aber auch diverse andere, beispielsweise Vietnam.^[3] Dabei geht es etwa um Spionage, die bei der Fahrt vor fremden Küsten nicht selten ausgeübt wird.

Eingriffsbefugnisse

Bedenken wegen der Durchfahrt fremder Kriegsschiffe durch die eigene AWZ melden mittlerweile auch deutsche Experten an. Auslöser ist, dass sich russische Schiffe vor allem in der Nord- und in der Ostsee, zuweilen

aber auch in südlicheren Gewässern immer wieder in der AWZ anderer europäischer Staaten – auch Deutschlands – aufhalten. Es sei „umstritten“, heißt es in einer Studie der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), „welche Eingriffsbefugnisse Küstenstaaten in ihrer [AWZ] haben“.^[4]

Das Papier befasst sich explizit mit Meerengen, in denen Staaten eine AWZ beanspruchen. Dies trifft beispielsweise auf die Taiwanstraße zu. In der AWZ einer derartigen Meerenge dürften Anrainerstaaten etwa „Vorschriften zum Schutz von Einrichtungen, Anlagen, Kabeln und Rohrleitungen erlassen“, aber auch „Sicherheitszonen schaffen“. „Uneinigkeit herrscht darüber“, heißt es weiter bei der SWP, ob die Küstenstaaten ausländische Schiffe hindern dürften, „Vermessungsarbeiten vorzunehmen oder Informationen für sonstige Zwecke zu sammeln“, faktisch: zu spionieren. Es gebe durchaus „Argumentationsspielräume, um Eingriffe gegen Spionageschiffe zu rechtfertigen“. Die SWP räumt ein, damit nähere man sich der Rechtsauffassung, die China und eine Reihe weiterer Staaten vertreten. Zu diesen zähle etwa auch Indien.

Problematik ignoriert

Die Argumentation der SWP, es gebe „Spielräume“, um Eingriffe gegen auswärtige Schiffe zu rechtfertigen, greift im Grundsatz auch im Fall der Fregatte Baden-Württemberg. Zum Aufgabenspektrum der Fregatte F125 zähle „vor allem die Seeraumüberwachung“, teilt die Bundeswehr mit.^[5] Die Fregatte Baden-Württemberg, die zu dieser Gattung gehört, hat soeben erst an US-geführten Operationen zur Seeüberwachung der UN-Sanktionen gegen Nordkorea teilgenommen. Dass bei der Seeraumüberwachung vor fremden Küsten Erkenntnisse über Ereignisse in küstennahen Landregionen anfallen, ist bekannt. Zwar muss die Fregatte ihre Überwachungstechnik bei der Durchfahrt durch die Taiwanstraße nicht zwingend aktivieren.

Klar ist jedoch, dass dies prinzipiell möglich wäre. China, das damit nicht einverstanden ist, muss die Fahrt des deutschen Kriegsschiffs deshalb kontrollieren. In Berlin wird die Problematik bewusst ignoriert.^[6]

„Beteiligt ist beteiligt“

Ähnlich gehen führende Berliner Politiker mit Moskaus Ankündigung um, man werde den Einsatz weitreichender Waffen aus westlicher Produktion durch die Ukraine gegen Ziele auf russischem Territorium als Kriegseintritt werten. Dass Waffen wie etwa die britischen Marschflugkörper Storm Shadow nur sinnvoll genutzt werden können, wenn dafür Daten westlicher Streitkräfte genutzt und westliche Militärs eingebunden werden können, ist nicht zuletzt aus dem Mitschnitt eines Gesprächs einiger deutscher Luftwaffenoffiziere bekannt, der Anfang März geleakt wurde.^[7]

Die Offiziere diskutierten, wie sich die unumgängliche Beteiligung der Bundeswehr an einem möglichen Einsatz des Marschflugkörpers Taurus durch die Ukraine verschleiern lasse. Man könne die benötigten Datensätze, wenn erforderlich, „mit dem Auto“ nach Polen, also an die Grenze zur Ukraine bringen, schlugen die Offiziere vor. Womöglich könnten auch statt deutscher Soldaten britische Militärs den ukrainischen Streitkräften die unverzichtbare Hilfestellung beim Einsatz der Waffen leisten.

Trotz allem komme man um eine aktive Rolle zumindest bei der Übermittlung der Daten nicht umhin: „Beteiligt ist beteiligt“, räumte ein Offizier ein. Schon



Storm Shadow Marschflugkörper, Foto: Wikipedia

die aktive Übermittlung der Daten, geschweige denn eine etwaige steuernde Beteiligung deutscher Militärs, erfülle das „Kriegskriterium“.^[8]

„Alternativlos“

Dessen ungeachtet fordern nun Politiker auch aus der Berliner Regierungskoalition, die Ukraine müsse Waffen wie den Storm Shadow auf Ziele weit auf russischem Hoheitsgebiet abfeuern dürfen. Es gelte nun, Kiew „gemeinsam mit den anderen europäischen Staaten und Großbritannien und den USA in die Lage [zu] versetzen, auch militärische Ziele auf russischem Staatsgebiet zu zerstören“, erklärt die Vorsitzende des Verteidigungsausschusses im Europaparlament, Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP).^[9] Strack-Zimmermann fügt hinzu: „Das bedeutet auch, dass Deutschland endlich den Taurus liefern muss.“

Der Vorsitzende des Europaausschusses im Deutschen Bundestag, Anton Hofreiter (Bündnis 90/Die Grünen), schließt sich an und fordert, die Ukraine solle „in die Lage versetzt

werden, russische Abschussbasen auf russischem Territorium mit weitreichenden Waffen zu bekämpfen“. Das sei „alternativlos“.

Aus der SPD spricht sich der Bundestagsabgeordnete Andreas Schwarz für die Freigabe weitreichender Waffen aus: Sie sei „abgesichert und grundsätzlich zu begrüßen“, behauptet Schwarz.^[10]

Ein Irrtum

Mit Blick auf die russischen Ankündigungen, den Einsatz weitreichender westlicher Waffen als Kriegseintritt zu werten, gibt sich der Grünen-Politiker Hofreiter als Pokerspieler: „Die russischen Drohgebärden haben sich wiederholt als leer erwiesen“.^[11] Das trifft nicht zu. Auf das Überschreiten von Russlands roten Linien bei der Annäherung der Ukraine an die NATO reagierte Moskau am 24. Februar 2022 mit der Eröffnung des Ukraine-Kriegs. Diesmal ist der Einsatz freilich noch höher – nach Lage der Dinge ein dritter Weltkrieg.

Fußnoten siehe FJ-online-Fassung

Merz will den Krieg – der helle Wahnsinn

Friedrich Merz ist unwählbar. Bisher dachte man, nur der CDU-„Verteidigungsexperte“ Kiesewetter, der den „Krieg nach Russland tragen“ will, sei nicht zurechnungsfähig. Aber offensichtlich denkt Merz ebenso.

In der Bundestagsdebatte am Mittwoch [den 16.10.24] sagte er: „Das geht so nicht weiter. Und wenn Putin das nicht akzeptiert, dann muss der nächste Schritt erfolgen und ihm gesagt werden: Wenn er nicht innerhalb von 24 Stunden aufhört, die Zivilbevölkerung in der Ukraine zu bombardieren, dann müssen aus der Bundesrepublik Deutschland auch Taurus-Marschflugkörper geliefert werden, um die Nachschubwege zu zerstören, die dieses Regime nutzt, um die Zivilbevölkerung in der Ukraine zu schädigen und zu bombardieren.“

Dabei hätte Merz aus der publik gewordenen Plauderei

von drei Bundeswehroffizieren am 19. Februar 2024 wissen können, dass ohne eine entsprechende Programmierung durch Bundeswehrsoldaten die Taurus-Marschflugkörper nicht einsetzbar sind. Merz will also, dass Bundeswehrsoldaten mit deutschen Waffen russische Nachschubwege zerstören.

Russland ist eine Atommacht. Man stelle sich vor, irgendein Politiker würde vorschlagen, Ministerien in Washington oder US-Militäreinrichtungen zu zerstören. Man würde ihm zu Recht Größenwahn unterstellen.

Die Debatten im Deutschen Bundestag sind zunehmend von Verantwortungslosigkeit geprägt und mit Vorschlägen gespickt, die man ohne jede Einschränkung als wahnsinnig bezeichnen muss.

Von Oskar Lafontaine - Nachdenkseiten (18.10.24)

Überlegenheit der USA gegen Atomwaffenarsenal Russlands und Chinas

von David Goeßmann

Nach Ansicht von militärischen Hardlinern in Washington befinden sich die Vereinigten Staaten in einer nuklearen Schwächekrise. China und Russland erweiterten ihre Atomwaffenarsenale und investierten massiv, um diese widerstandsfähiger, präziser und zerstörerischer zu machen – und das betreffe auch die Trägersysteme.

"Amerika darf von keinem übertroffen werden"

Das Pentagon warnt, dass die USA in den 2030er-Jahren erstmals zwei bedeutende Nuklearmächte als strategische Konkurrenten und potenzielle Gegner haben könnten. Nun geht die Angst um, dass man von der gemeinsamen Nuklearmacht China und Russland übertroffen werden könnte.

Das jedenfalls meint ein Bericht der Congressional Strategic Posture Commission an den US-Kongress von letztem Jahr – auch wenn das nicht realistisch ist. Ein Mitglied der Kommission, Matthew Kroenig, erklärte mit einem Zitat von John F. Kennedy: "*America needs to be second to none.*" ("*Amerika darf von keinem übertroffen werden*").

Mind the Missile Gap

Das Zitat ist – sicherlich unbewusst – ironisch. Denn JFK versprach als neuer Präsident 1961 mit diesen Worten, das sogenannte "missile gap" (interkontinentale Raketenlücke zur Sowjetunion) zu schließen. Damals gab es politische Kampagnen und eine verzerrte mediale Berichterstattung darüber, dass die USA gegenüber den Sowjets bei Langstreckenraketen und damit auch bei der nuklearen Abschreckung weit zurücklägen.

Das stimmte aber nicht, wie sich schnell herausstellte, vielmehr war das Gegenteil richtig. Trotzdem setzte die Kennedy-Regierung das Aufrüstungsprogramm fort.

US-Raketen wieder in Deutschland

In den folgenden Jahrzehnten wurde die militärische Lücke zur Sowjetunion immer wieder angeführt, um die Fähigkeiten des Pentagon zu erweitern. In den späten 1970er-Jahren wurde die Bedrohung zirkuliert, dass Moskau die Möglichkeit erlangen könne, US-Bodenraketen in einem

Erstschlag zerstören zu können.

Nach russischen Quellen war das dem Kreml jedoch nicht möglich. Auch der Nato-Doppelbeschluss und die Stationierung von mit Atomsprenköpfen bestückten Pershing-2-Raketen in Westeuropa, insbesondere Deutschland, wurde Ende der 1970er-Jahre, Anfang der 1980er-Jahre mit einer Raketenlücke begründet.

Auch heute heißt es wieder, dass man Russland Paroli bieten müsse. Im Zuge des russischen Ukraine-Krieges sollen nun erstmals nach dem Ende des Kalten Krieges in Deutschland wieder US-Raketen mit größeren Reichweiten stationiert werden.

Auslöschung in zwei Stunden

Kritiker haben die Logik der nuklearen Aufrüstung, um abzuschrecken, immer wieder infrage gestellt. Denn es mache, so ihr Argument, eine Atommacht – ob nun die USA, China oder Russland – keineswegs sicherer vor einem Atomangriff der Gegenseite, wenn man seine eigenen nuklearen Kapazitäten, die sowohl hinsichtlich eines Erst- wie Zweitschlags bereits extrem hoch sind, noch weiter ausbaut.

Eine neue Studie mit dem Titel "*Masters of the Air: Strategic Stability and Conventional Strikes*" zeigt zudem, dass einerseits die Annahme einer nuklear-strategischen Übermacht Russlands und Chinas nicht stimmt, im Gegenteil, und andererseits die Aufrüstung die USA und den Westen (und die Welt insgesamt) nicht nur nicht sicherer, sondern unsicherer macht.

Die Autoren schätzen, dass es in Russland etwa 150 und in China rund 70 abgelegene Standorte für Atomwaffenstarts gibt, die sich ungefähr 2.500 Kilometer von der nächsten Grenze entfernt befinden. Diese könnten bei einem Erstschlag durch US-amerikanische **JASSM**- (Joint Air-to-Surface Standoff Missiles) und **Tomahawk**-Marschflugkörper aus der Luft in etwas mehr als zwei Stunden erreicht werden, um einen Atomwaffenstart zu verhindern.

Start einer BGM-109G Gryphon (Ground-Launched Cruise Missile), Quelle: Wikipedia



Tausende Marschflugkörper

Den USA und ihren Verbündeten stehen schätzungsweise 3.500 **JASSM**- und 4.000 **Tomahawk**-Marschflugkörper dafür zur Verfügung. Die Autoren betonen:

Die USA und ihre Verbündeten sind in der Lage, selbst die am tiefsten verborgenen und mobilsten strategischen Streitkräfte Russlands und Chinas zu bedrohen.

Die Studie geht auch auf die jüngste Ankündigung der USA ein, bis 2026 Langstreckenraketen in Deutschland zu stationieren. Durch die Stationierung in Süddeutschland würden mehrere russische Abschussrampen für Interkontinentalraketen (**ICBM**) in Reichweite gebracht.

Wachsende militärische Überlegenheit

Die Vereinigten Staaten sind also in der Lage, alle nuklearen Abschussanlagen Russlands und Chinas mit konventionellen Waffen zu zerstören, was die Studienexperten als eine potenziell instabile geopolitische Lage bewerten.

Prof. Dan Plesch und Manuel Galileo von der SOAS (School of Oriental and African Studies) University of London sprechen von einer *"stillen Revolution in militärischen Angelegenheiten"*, die die wachsende militärische Überlegenheit der USA gegenüber Moskau und Peking,

insbesondere im Bereich der Raketen-technologie, verdeutlicht.

Obwohl Russland und China erhebliche Fortschritte bei der Radarerfassung gemacht haben, ist sie dem Bericht zufolge immer noch unzureichend in Bezug auf US-Tarnkappenbomber und die ihrer Verbündeten. Außerdem erhöhen die bemannten Flugzeuge und unbemannten Drohnen, über die die USA verfügen, die Reichweite der Waffen und verkürzen die Zeit bis zum Einschlag.

Neues Wettrüsten

Mit **Aegis**, **Patriot**, **THAAD** und anderen Luftabwehrsystemen sind die USA zudem in der Lage, russische und chinesische Interkontinentalraketen abzuschießen, ebenso wie mit den Luft-Luft-Raketen, mit denen sie wenige Minuten nach dem Start in der Startphase zerstört werden können.

Was die See anbelangt, so seien die russischen U-Boote dem Bericht zufolge leichter aufzuspüren und befänden sich in Reichweite der Nato-Staaten. Auch in Hinsicht auf Schläge aus der Luft sehen die Autoren die USA ebenfalls gut gewappnet, mögliche Angriffe abzuwehren.

Die Studie befürchtet, dass die US-Übermacht den Beginn eines neuen Wettrüstens einleiten könnte, da Russland und China versuchen, sich anzupassen – und dadurch in einer

größeren Krise das Risiko einer Fehlkalkulation steigt, bei der Atomwaffen zum Einsatz kommen könnten, um den USA zuvorzukommen.

Permanente Alarmbereitschaft

Die Autoren warnen darüber hinaus, dass die Überlegenheit unterschätzt werde, sie Russland und China dazu zwingen, ihre Raketen ständig abschussbereit zu halten und die Situation noch verschlimmert werde, da sich die internationalen Waffenkontrollsysteme in einer Phase des Niedergangs befinden.

Um die Eskalation und Bedrohungslage zu reduzieren, müsste der Trend umgekehrt werden. So ist der Bericht Teil des an der SOAS University of London ansässigen Projekts für ein strategisches Konzept zur Beseitigung von Waffen und deren Weiterverbreitung.

Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der von UN-Generalsekretär António Guterres in seiner Neuen Agenda für den Frieden im Juli 2023 skizzierten Notwendigkeit einer neuen jährlichen Sondersitzung der UN-Generalversammlung zum Thema Abrüstung sowie auf Beispielen und Modellen zur Umsetzung allgemeiner Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Quelle: *Telepolis*

Atomkriegsgefahr:

„Näher denn je seit der Kubakrise“

Die NATO übt in ihrem aktuellen Atomkriegsmanöver Steadfast Noon den Einsatz von US-Nuklearwaffen.

In die Übung, bei der der Einsatz von Atomwaffen trainiert wird und an der sich bis Ende nächster Woche ungefähr 2.000 Soldaten aus 13 Staaten beteiligen, ist auch die Bundeswehr involviert, unter anderem mit Tornados und Eurofighter. Hauptübungsschauplätze bei Steadfast Noon sind Belgien sowie die Niederlande, wo US-Atombomben gelagert sind, aber auch der Luftraum über der Nordsee. Das dortige Manövergebiet sei nur 900 Kilometer von Russland entfernt, heißt es.

Steadfast Noon findet, wie eine Analyse der Federation of American Scientists (FAS) festhält, in einer Zeit statt, in der mehrere Atomstützpunkte in Europa umfassend modernisiert werden – darunter Büchel (Deutschland), aber auch die beiden Stützpunkte, die nun im Zentrum der diesjährigen Atomkriegsübung stehen: Kleine Brogel (Belgien) und Volkel (Niederlande). Dort werden laut der FAS jeweils Anlagen errichtet, die eine schnellere Versorgung mit Ersatzteilen oder

auch einen rascheren Transport der Bomben ermöglichen und zugleich alle Operationen auf den Basen noch besser gegen Einblicke von außen abschirmen als zuvor.

Das NATO-Atomkriegsmanöver Steadfast Noon findet in einer Zeit rasant eskalierender Spannungen zwischen dem Westen und Russland statt. Dabei sind nicht nur die Notfalldrähte zwischen Washington und Moskau erheblich schlechter als im Kalten Krieg, was die Gefahr eines durch Missverständnisse ausgelösten Atomkriegs beträchtlich erhöht.

Es habe auch ganz allgemein *„das Bewusstsein für eine nukleare Bedrohung ... an Brisanz verloren“*, urteilt die Journalistin Annie Jacobsen, die in einem im Frühjahr erschienen Buch vor der Gefahr eines Atomkriegs warnt. Darüber hinaus sei aufgrund der größeren Anzahl von Atommächten, aber auch aufgrund der weiterentwickelten Technologie die Lage mehr oder weniger *„unkontrollierbar“* geworden – *„und das Potenzial eines Atomkriegs ist größer, als es je war seit der Kubakrise“*, urteilt Jacobsen, damit US-Präsident Joe Biden zitierend.

Quelle: *German Foreign Policy* (16.10.2024)

Deutschlands Unterstützung für Israels Völkermord und Terror beenden!

Stellungnahme des Bundesausschusses Friedensratschlag



Foto vom 3.10.24 in Berlin

Die Bundesregierung kündigt neue Waffenlieferungen an Israel an, verweigert deutliche Kritik an der israelischen Kriegführung und schweigt zu den Terroranschlägen im Libanon.

Die deutsche Politik gegenüber Israel ist inakzeptabel und muss radikal geändert werden. Sie ist inhuman, taub gegen das Leid der Menschen in Palästina und im Libanon, ignoriert das Völkerrecht und isoliert Deutschland in der Welt.

Während der französische Präsident Emmanuel Macron dazu aufrief, die Waffenlieferungen an Israel zu stoppen, kündigte Bundeskanzler Olaf Scholz am 10. Oktober im Bundestag „demnächst weitere Lieferungen“ aus Deutschland an. Damit zerstörte er endgültig etwaige Hoffnungen, der Entscheidung des Internationalen Gerichtshofs (IGH), der die Völkermordvorwürfe gegen Israel für begründet und plausibel erklärte, würde zu einer anhaltenden Zurückhaltung führen. Schließlich verpflichtet die IGH-Entscheidung auch Israels Verbündete, alles zu tun, um schon die bloße Möglichkeit eines Völkermords auszuschließen. Lieferungen von Waffen und anderen Rüstungsgütern müssen daher an sich als Beihilfe gewertet werden.

Doch die Ampelregierung will sich offensichtlich von rechtlichen und moralischen Einwänden so wenig bremsen lassen, wie von Mehrheiten in der

UNO. Ungeachtet der weltweiten massiven und einhelligen Verurteilung des israelischen Vorgehens in Gaza, im Westjordanland und im Libanon, sowie auch der Angriffe gegen Syrien, Jemen und Iran hält sie an der nahezu vorbehaltlosen Unterstützung des Kriegskurses der israelischen Führung fest. Dessen Rechtfertigung als Selbstverteidigung ist absolut zynisch und zeugt von Völkerrechts-Nihilismus.

Obwohl er offen vor den Augen der Welt geschieht und von UN-Organisationen gut dokumentiert ist, nimmt Berlin die israelische Regierung und Armee vor dem Vorwurf des Völkermords in Schutz und verteidigt so – trotz gelegentlicher Mahnungen nach Zurückhaltung – letztlich die Massaker und die Verwüstungen in Gaza, sowie die Hungerblockade gegen die Enklave.

Je mehr sie international Deutschlands Ansehen ruiniert, desto verbissener bemüht sich die deutsche Politik im Inneren darum, die zur „Staatsräson“ erklärte vorbehaltlose Unterstützung vor Kritik zu schützen. Der Staat gebärdet sich dabei immer autoritärer: mit Demo-Verboten, Auflösung von Kongressen und Protestcamps an Universitäten, Verweigerung von Veranstaltungsräumen, Strafverfahren und Kündigungen wegen israel-kritischen oder pro-palästinensischen Parolen.

Es ist vor allem die Rückendeckung aus Deutschland und den USA, die dem Netanjahu-Regime Angriffe auf Syrien, auf den Jemen und auf den Iran erlauben. Mit dieser Rückendeckung begann es am 23. September 2024 den Krieg gegen den Libanon, den vierten nach 1978, 1982 und 2006. Auch er wird als „Selbstverteidigung“ oder als Feldzug gegen eine „Terrororganisation“, nun die Hisbollah, verharmlost, trifft aber die gesamte Bevölkerung des Libanons. Die libanesische Regierung wirft Israel daher „einen Vernichtungskrieg in jedem Sinne des Wortes“ vor^[1]

Die Ausweitung der Angriffe auf den Libanon leitete Israel mit besonders perfidem Terror ein: mit tausendfachen Bombenanschlägen per Pager und Walkie-Talkies, die in Krankenhäusern und Läden, auf Gemüsemärkten, im Straßenverkehr und anderswo explodierten. Die Explosionen trafen willkürlich über 3000 Menschen, neben militärischen oder zivilen Mitgliedern der Hisbollah-Partei auch sehr viele andere, darunter auch Kinder.

„Tausende Personen gleichzeitig anzugreifen, ohne zu wissen, wer gerade im Besitz der ins Visier genommenen Geräte ist, wo sie sich befinden und was sie zum Zeitpunkt des Anschlags umgibt“, ist, so u.a. der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, „ein Kriegsverbrechen“.

Die Ampelregierung schwieg dennoch dazu und deutsche Medien haben die Anschläge teilweise sogar zynisch bejubelt.^[2]

Noch breiter wurde die Ermordung von Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah gefeiert. Dabei hatte die israelische Luftwaffe bei diesem beispiellosen Terroranschlag 80 US-amerikanische bunkerbrechende, 2000-Pfund schwere Bomben auf das Hisbollah-Hauptquartier abgeworfen, die mehrere Gebäudekomplexe und Wohnhäuser in Kraterlandschaften verwandelten, hunderte Unbeteiligte unter sich begrabend.

Auch wenn Attentate von Israel und den USA auf Gegner in anderen Ländern per Drohnen oder Bomben, sogenannte „gezielte Tötungen“ im Westen schon zur Normalität wurden, bleiben sie eklatante Verstöße gegen das Völkerrecht. Wenn dabei noch zahlreiche Unbeteiligte ermordet werden, so sind sie monströse Verbrechen.

Man stelle sich vor, Geheimdienste eines Staates, der nicht zum westlichen Bündnisystem zählt, würde einige tausend, in Alltagsgegenständen versteckte kleine Bomben im Umfeld einer gegnerischen Organisation verteilen und fernzünden, gar in einem Mitgliedsstaat der EU! Und seine Luftwaffe würde in dessen Hauptstadt die Führung einer Organisation mit Kampfjets angreifen und ein Stadtviertel mit tonnenschweren Bomben verwüsten. Der Aufschrei über das Terrorregime wäre riesig und Sanktionen würden binnen Stunden folgen.

Was hierzulande als Schlag gegen eine Terrororganisation gefeiert wird, gilt im Land selbst und in der Region jedoch als verbrecherische Aggression gegen den Libanon und eine seiner zentralen politischen Parteien, die Minister in der Regierung und Abgeordnete im Parlament stellt.

Hier gilt die Hisbollah als wichtigste Widerstandsorganisation gegen Israels Expansions- und Besatzungspolitik und ihr langjähriger Generalsekretär Hassan Nasrallah wurde weithin als einer der bedeutendsten arabischen Politiker und Führungsperson geachtet.^[3] Deutsch-

land unterhält mit der libanesischen Regierung, an der die Hisbollah beteiligt ist, normale Beziehungen.

Wir müssen mit den Angriffen der Hisbollah nicht einverstanden sein. Doch der renommierte Völkerrechtler Norman Paech erinnerte unlängst aber daran, dass alle Befreiungs- und Widerstandsbewegungen vom ANC in Südafrika über die SWAPO in Südwestafrika bis zur algerischen FLN im Westen bis zum Ende der Kriege als Terrororganisationen galten.

Ignoriert wird hierzulande auch, dass Israel die Raketen aus dem Libanon auf andere Weise hätte stoppen können: Die Hisbollah hat stets betont – wie auch die jemenitischen Huthis, dass sie ihr Feuer sofort einstellen werde, wenn Israel einem Waffenstillstand in Gaza zustimmt und einhält.

Auch Nasrallah hat kurz vor seiner Ermordung einem dreiwöchigen Waffenstillstand im Libanon zugestimmt,^[4] den die USA und Frankreich zuvor bei der Uno vorgeschlagen hatten.

Krieg und Terror des Netanjahu-Regimes bringen nicht nur unvorstellbares Leid über die betroffenen Menschen in der Region, sie drohen, einen Flächenbrand anzufachen.

Die Rückendeckung aus Deutschland dafür muss beendet werden. Die Bundesregierung muss Waffenlieferungen einstellen und sich mit der Mehrheit der Staaten eindeutig gegen israelische Verstöße gegen Völker-

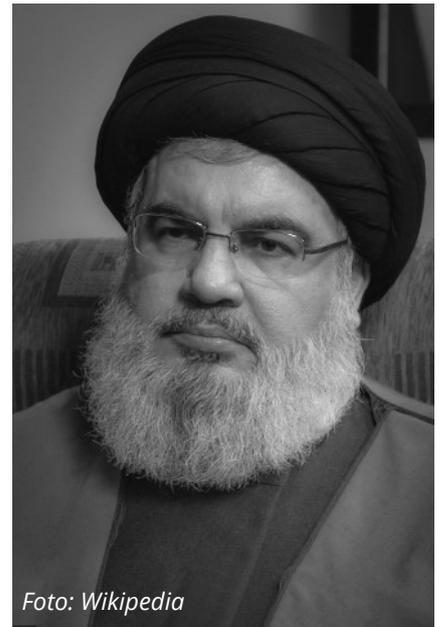


Foto: Wikipedia

recht, Menschenrechte und die Völkermordkonvention stellen.

Sie muss mit ihren Partnern in der EU auch wirtschaftlichen Druck auf Israel aufbauen, seine Angriffe und Behinderung humanitärer Hilfe einzustellen, Waffenruhen zuzustimmen und keine weiteren Vertreibungen vorzunehmen. Das EU-Assoziierungsabkommen muss solange ausgesetzt werden.

Fazit: Deutschland kann nicht dauerhaft und systematisch das Völkerrecht brechen und weiterhin den Anspruch erheben, konstruktiv an einer friedensorientierten Ordnung der Weltgemeinschaft mitzuarbeiten.

Webfassung mit Fußnoten auf:
www.friedensratschlag.de



Ein Arte-Video über 11 Minuten zeigt durch einen Vergleich von Satellitenbildern vom August 2023 und September 2024 die totale Zerstörung des Gaza-Streifens. Links: frühere Moschee – rechts: zwei Drittel der landwirtschaftlichen Anbauflächen sind zerstört.

Video-Link über: <https://globalbridge.ch/gaza-krieg-dieses-video-unbedingt-ansehen/>

Wirtschaftskrieg gegen Russland

Hannes Hofbauer: *Im Wirtschaftskrieg. - Die Sanktionspolitik des Westens und ihre Folgen. Das Beispiel Russland*
Promedia 2024. 256 Seiten, 22 Euro



Der von den USA und der EU ab Februar 2022 immer weiter verschärfte Wirtschaftskrieg gegen Russland und dessen massive negative Rückwirkungen auf die EU und weite Teil der übrigen Welt, hat nicht nur eine intensive Debatte zu dessen Sinnhaftigkeit, sondern auch über humanitäre, moralische und völkerrechtliche Aspekte geführt.

Der österreichische Historiker und Publizist Hannes Hofbauer, beschreibt daher in seinem neuen Buch über den Wirtschaftskrieg gegen Russland zunächst die allgemeine Problematik solcher Zwangsmaßnahmen, von Boykotten, Embargos und Blockaden. Er weist daraufhin, dass diese nichts Neues sind und schildert einige historische Beispiele.

Sie beginnen im antiken Griechenland, wo Athen bereits 432 v. Chr. Handelsblockaden gegen Sparta einsetzte, und gehen über die der Hanse gegen unliebsame Konkurrenten und die vielfältigen Wirtschaftskriege der englischen Kolonialmacht, bis zur Napoleonischen Kontinentalsperre 1806 gegen Großbritannien. Napoleon scheiterte damals, da er den russischen Zaren nicht zur Beteiligung bewegen konnte, und begann daraufhin seinen Russlandfeldzug.

Hofbauer geht auch auf den umfassenden Wirtschaftskrieg der Alliierten im Ersten Weltkrieg ein, die den sie unter Führung Großbritanniens und Frankreichs gegen das deutsche, österreichisch-ungarische und osmanische Reich führten. An den Folgen der totalen Wirtschaftsblockade der Mittelmächte sind nach seinen Quellen etwa eine Million Menschen gestorben.

Die Beispiele machen bereits deutlich, dass die hierzulande als „zivile Alternative zum Krieg“ gehandelten Instrumente, tatsächlich häufig die Vorstufe zu militärischen Kriegen sind oder diese flankieren und auch sehr viele Menschen töten können.

Der einstige US-Präsidenten Woodrow Wilson brachte dies in einer Rede nach dem Ende des Ersten Weltkrieges, die am Anfang des Buches zitiert wird, gut auf den Punkt: „Der Krieg ist eine barbarische Sache, [...] der Boykott allerdings ein unendlich viel schrecklicheres Kriegsinstrument.“

Ausführlich schildert der Osteuropa-Experte Hofbauer die westlichen Blockaden im Kalten Krieg gegen den Ostblock, die die USA zum Teil gegen den Willen der Westeuropäer durchzuboxen suchten.

Anschließend werden auch die Wirtschaftsblockaden gegen Jugoslawien in den 1990er Jahren und das mörderische Irakembargo detailliert behandelt, sowie die aktuell noch virulenten, hauptsächlich von Washington betriebenen Wirtschaftskriege gegen Kuba, Nordkorea und den Iran. Mit Verweisen auf völkerrechtliche Bestimmungen, wie dem grundlegenden Interventionsverbot, wertet er alle ohne UN-Mandat verhängten wirtschaftlichen Zwangsmaßnahmen als völkerrechtswidrig.

Vier der sechs Kapitel widmen sich dem „großen Wirtschaftskrieg gegen Russland“, mit dem die NATO-Staaten „Russland ruinieren“ wollen, wie manche Regierungsmitglieder von EU

Staaten das Ziel offen benennen.

Hofbauer führt den beispiellosen Umfang der antirussischen-Blockademaßnahmen an, die von EU-Seite in bisher insgesamt 21 „Sanktionspaketen“ angeordnet werden, erläutert aber auch, warum sie gegen das flächenmäßig größte Land der Erde keinen Erfolg zeigen. – ganz im Gegenteil. Moskau konnte mit wirksamen Gegenmaßnahmen reagieren.

Ausführlich geht das Buch auch auf das Einfrieren bzw. Beschlagnahmen russischer Zentralbankgelder auf westlichen Konten ein sowie den Ausschluss russischer Banken aus dem internationalen Finanzkommunikationsnetzwerk SWIFT. Diese Maßnahmen gegen eine Weltmacht versetzten dem Vertrauen in westliche Banken und das US-dominierte internationale Finanzsystem, das durch die US-amerikanischen Finanzblockaden gegen Kuba, Iran und Syrien, ohnehin angeschlagen war, einen weiteren schweren Schlag.

In der Folge nahm das Bestreben, sich davon und dem Dollar unabhängiger zu machen, in den meisten Ländern des Globalen Südens zu, naheliegender Weise gemeinsam mit Russland und China. Geschäfte werden zunehmend in regionalen Währungen abgewickelt und alternative Zahlungssysteme aufgebaut, was auch ganz aktuell bei der jüngsten BRICS-Konferenz ein zentrales Thema war. Hofbauer hat der „De-Dollarisierung“ ein eigenes Unterkapitel gewidmet.

Das detailreiche und gut zu lesende Buch zeigt letztlich auf, wie desaströs der Wirtschaftskrieg letztlich auch und insbesondere aktuell gerade für Deutschland ist. Vor dem Hintergrund der seit langem bestehenden und sich verschärfenden Debatte um das hilflose Agieren der Bundesregierung mit wirtschaftlicher Stagnation und Rezession ist das Buch deshalb eine hoch interessante Lektüre.

Joachim Guilliard

Neue NATO-Militärbasen in Nord- und Osteuropa

1997 wurde im Nato-Russland Founding Act vereinbart, dass keine ständige Stationierung von Nato-Truppen in Osteuropa erfolgen soll. Seit der Krise um die Ukraine und die Angliederung der Krim an Russland 2014 wurde dieses Prinzip schrittweise ausgehebelt. In den darauf folgenden Jahren wurde zwar offiziell auf eine ständige Stationierung in Osteuropa verzichtet, aber immer häufiger erfolgten Militärmanöver mit periodisch nach zumeist sechs Monaten rotierenden Militärkontingenten.

Seit 2019 werden aber eigene US-Militärbasen in Osteuropa aufgebaut. Eine feste US-Präsenz ist derzeit bereits vor allem in Powidz (Polen) vorhanden.

Viele Truppenübungsplätze

Einige Truppenübungsplätze in Osteuropa sind seit 2015 fester Bestandteil von NATO-Manövern, insbesondere im Rahmen der jährlichen Defender-Übungen. Zu diesen fanden dazu entsprechende Truppenverlegungen statt. Zu nennen sind hierbei u.a. Rukla in Litauen, Drasko und Zagan in Polen sowie Cincu / Großschenk in Rumänien.

NATO-Ausbaupläne bestehen vor allem in Montenegro (Sinjajevins), was dort auf großen Widerstand in der Bevölkerung stößt.

Die US-Militärpräsenz in Norwegen ist vor allem auch bezüglich deren zunehmenden Aktivitäten in der Arktis-Region zu sehen.

US-Militärpräsenz in Nordeuropa

Der größten Sprung in der flächenmäßigen Präsenz des U.S.-Militärs erfolgt derzeit in Nordeuropa durch den vertraglichen Zugang zu einer Vielzahl an Militärstandorten. Dem liegen folgende bilaterale Vereinbarungen aus der jüngsten Zeit zugrunde:

(1) Norwegen: *Supplementary Defense Cooperation Agreement* für Zugang zu drei Luftstützpunkten und einer Marinestation (April 2021).

(2) Schweden: Zugang zu 17 Militärbasen und Truppenübungsplätzen (Dezember 2023)

(3) Finnland: Zugang zu mindestens 15 Militärbasen (Juli 2024)



Logistik-Drehscheibe Polen

Polen bietet einige Truppenübungsplätze und wird verstärkt zur logistischen Drehscheibe für US-Kriegsmaterial, was derzeit zu einem großem Ausbau des Logistikzentrum **Powidz** führt. Derzeit ist dieses noch der US-Army Garnison Rheinland-Pfalz bzw. dem Standort Mannheim unterstellt.

NATO-Drohkulisse im Baltikum

In Tapa (Estland) wurde bereits 2017 ein größerer Gebäudekomplex für ein NATO-Bataillon fertiggestellt, der größtenteils mit Soldaten aus Großbritannien belegt ist.

Seit 2019 schickt die **US-Armee** bei den meisten ihrer neunmonatigen Einsätze Streitkräfte in Bataillonsstärke nach Litauen, um die Feuerkraft in der Nähe der stark militarisierten russischen Exklave Kaliningrad zu verstärken, die zwischen Litauen und seinem südlichen Nachbarn Polen eingezwängt ist. Der größte Teil des Regiments ist in Polen verankert, aber kleinere Einheiten sind entlang der Ostflanke der NATO verteilt. (Quelle: Stars & Stripes vom 5.1.2021)

An dem zentralen Stützpunkt in **Pabrade** (Litauen) sind aktuell mehr als 10.000 US-Soldaten zeitweilig stationiert, dicht an der Grenze zu Belarus.

Eine führende Rolle im Baltikum übernimmt derzeit auch **Deutschland** mit der derzeit im Aufbau befindlichen Militärbasis in **Rudninkai** (Litauen), der ersten eigenen Militärbasis im Ausland seit dem zweiten Weltkrieg. Die dort vorgesehene Panzerbrigade soll 2026 einsatzbereit sein. Im Vollbetrieb bis Ende 2027 sollen dort Unterkünfte für 5.000 Bewohner, d.h. Militärpersonal und Familien vorhanden sein.

Strategische Militärbasis in Rumänien

Der größte Ausbau erfolgt derzeit in Rumänien bei **Constanta**, wo die künftig größte US-Militärbasis in Europa überhaupt entstehen soll, d.h. größer als Ramstein. Die Anfang 2024 begonnenen Bauarbeiten sollen bis 2030 abgeschlossen werden und mehr als 10.000 Soldaten und Zivilisten aufnehmen, die teilweise aus Deutschland abgezogen werden sollen.

Weitere Infos: www.visualbases.org

BERLINER APPELL

Gegen neue Mittelstreckenwaffen
und für eine friedliche Welt:
Jetzt unterschreiben!

Bild: Konstantin Lubnow

Aufrufstext

Wir leben im gefährlichsten Jahrzehnt seit Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Gefahr, in einen atomaren Abgrund zu taumeln oder durch einen konventionellen Krieg umzukommen, ist real.

An dieser Weggabelung stehen wir für eine friedliche und solidarische Welt der Gemeinsamen Sicherheit, Solidarität und Nachhaltigkeit für alle Menschen.

Wir sagen Nein zur Aufstellung neuer US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland.

Die geplanten Hyperschallraketen Dark Eagle steigern die Spannungen und sind insbesondere für Deutschland eine Gefahr, zum Ziel eines Präventivangriffs zu werden. Überdies fördern die geringen Vorwarnzeiten das Risiko von Fehlreaktionen.

Die Stationierung wurde ohne jede öffentliche und parlamentarische Diskussion entschieden. Abrüstungsverhandlungen sind nicht vorgesehen.

Wir bleiben dabei, Konflikte und Rivalitäten nicht militärisch zu lösen, sondern alles zu tun, Kriege zu vermeiden oder zu beenden. Dieser Aufgabe darf sich niemand entziehen.



<https://nie-wieder-krieg.org/>

Videos, Bilder und Reden finden sich auf der Homepage www.nie-wieder-krieg.org



**„Zeitung gegen den Krieg“ Nr. 58
Sonderausgabe
für den Winter
2024 - 2025**

in einer Zeit, in der in der deutschen Bevölkerung die Angst vor einem großen Krieg in Europa immer mehr zunimmt

in einer Zeit, wo durch die geplante Stationierung von Mittelstreckenwaffen auch die Schlüsselrolle Deutschlands für Krieg und Frieden erkennbar wird

in einer Zeit, wo nach der erfolgreichen Großdemonstration in Berlin am 3.10. die deutsche Friedensbewegung im Aufwind ist

in einer Zeit, wo mit dem Berliner Appell unabhängig von unterschiedlichen Sichtweisen auf den Ukrainekrieg gemeinsame Ziele formuliert wurden

in einer Zeit, wo mit vielfältigen Aktivitäten auf der Straße auch ansprechende und überzeugende Materialien verfügbar sein müssen

erscheint diese Sonderausgabe zu den geplanten Mittelstreckenwaffen, zum geo- und innenpolitischen Umfeld sowie zu unserem Potenzial für erfolgreichen Widerstand.



Redebeitrag von Peter Gauweiler

Bestellung über Online-Formular auf <https://zeitung-gegen-den-Krieg.de>

Rede von Dr. Peter Gauweiler am 3.10.2024 in Berlin

„Vielen Dank für die Einladung ins wunderschöne Berlin. Bitte verzeihen Sie mir eine gewisse Verlegenheit: Ich habe noch nie auf einer Kundgebung der Friedensbewegung gesprochen. Das ist das erste Mal. Aber wir sollten jetzt ein bisschen näher zusammenrücken. In Europa brennt es und wir müssen die Europäische Union und die politische Klasse in Deutschland überzeugen, dass man diesen Brand nicht mit Benzin löschen kann.

Gestatten Sie mir, bei dieser Friedenskundgebung am Tag der Deutschen Einheit in aller Kürze über das eigene Land zu reden, weil es ja auch um Krieg und Frieden bei uns geht und was Deutschland dafür tun und auf jeden Fall lassen sollte.

Wir sind seit einiger Zeit dabei, ein Versprechen zu brechen, was man als das Gründungsversprechen der Bundeswehr bezeichnen kann: Streitkräfte nur zur Landesverteidigung aufzustellen. *„Wenn die Bundeswehr den ersten Schuss abgibt, hat sie ihren Auftrag verfehlt.“* (so der Ministerpräsident Strauß zur Bundeswehr an seinem 70. Geburtstag).

Noch die Regierung Kohl hatte sich geweigert, auch nur einen Bundeswehrsoldaten, selbst unter den Blauhelmen der Vereinten Nationen, nach Jugoslawien zu schicken, obwohl dort eine fürchterliche Auseinandersetzung zwischen den total verfeindeten ehemaligen Teilrepubliken vorlag.

Seit den 90er Jahren führt Deutschland außerhalb jeder Landesverteidigung die sog. Kriege *„für unsere Werte“*. Diese begannen am 24. März 1999 mit der Bombardierung der Städte Belgrad, Novi Sad und Podgorica und war im August 2021 mit der chaotischen Evakuierungsaktion und dem Abzug aus Afghanistan noch nicht zu Ende. Die Bundeswehr bewies dabei zwar Tapferkeit im Scheitern. Aber die völlige Nutzlosigkeit der Einsätze stand in einem reziproken Verhältnis zur Opferbilanz. Sie wird bei den Kriegen des Westens für 'unsere Werte' seit 1999 insgesamt mit über 1 Mio. Menschen angegeben.

Jetzt also die Krim und das Gebiet am Unterlauf des Don.

Jeder weiß, dass Russland – das noch im Jahr 2000 eine Anfrage auf Auf-

nahme in die NATO gestellt hat – im Konflikt mit seinem früheren Teilstaat, der Ukraine niemals zu den Waffen hätte greifen dürfen. Aber die täglichen Schuldzuweisungen, Verurteilungen und Verwünschungen gerade von Deutschland aus lösen den Konflikt nicht. Politik ist Problemlösen. Problemlösen ist etwas anderes als richten. Auch am Tag der Deutschen Einheit sollten wir uns daran erinnern: Niemand hat die Deutschen zu Richtern über die Völker gesetzt.

Richter wissen, dass man auch mit der Wahrheit lügen kann. Das gilt auch für die Europäische Union. Sie war als Fundament für ganz Europa gedacht und nicht als Bodenteiler einer neuen Spaltung und Brüssel weiß am besten, dass es nicht richtig ist, die Schuld an der Vorgeschichte dieses Konflikts nur einer Seite anzulasten, weil dies nicht den Tatsachen entspricht.

Um es kurz zu machen: Ich bin nicht dafür, dass sich Deutschland militärisch immer mehr in den russisch-ukrainischen Krieg hineinziehen lässt. Ich halte es für hellen Wahnsinn, jetzt deutsche Raketen nach Russland schießen zu lassen. Allein dass dies von verantwortlichen Leuten als Option bezeichnet wird, ist ein weiterer Bruch des Gründungsversprechens der Bundeswehr, von dem gerade die Rede war.

Wenn es wirklich um *„unsere Werte“* geht, sollte sich nicht nur Deutschland, sondern auch ganz Europa, das sich immer noch gerne als *„das Abendland“* versteht, nicht so einfach über die Worte des Papstes hinwegsetzen wollen. Der oberste Bischof der Christenheit sagt ummissverständlich:

„Versucht zu verhandeln, sucht den Frieden!“

Die Veranstalter von heute haben ihrer Einladung den Aufruf vorangestellt: *„Die Waffen nieder!“*. Das sind die Worte der Bertha von Suttner, einer österreichisch-tschechischen Aristokratin und besten Freundin von Alfred Nobel. Sie starb 10 Tage vor dem Attentat von Sarajewo, das den Weltkrieg einleitete und in Europa die Lichter ausgehen ließ. Deutschland sollte jetzt, in der zwölften Stunde, die Euro-

päische Union dazu bewegen, nicht weiter den Krieg und das Waffenmanagement zu ihrer Sache zu machen, sondern das wechselseitige, vollständige und bedingungslose Niederlegen der Waffen. Danach lasst uns alle streben und das ist die zeithistorische Aufgabe des wiedervereinigten Deutschlands und seiner Politik.

Beides wird nicht durch einzelne Politiker repräsentiert, sondern durch den Bund und die Länder. Darin wird auch ein wichtiger Unterschied zu den Siegfrieden von 1866 und 1871 sichtbar, an die die imposante Säule auf diesem Platz erinnert. Deutschland besteht heute aus einem Bund selbstbestimmter Länder, Länder, mit denen der Bund in allen europäischen Angelegenheiten zusammenwirkt. Das Grundgesetz sagt, dass dies auch ausdrücklich für den Bereich der Außenpolitik gilt, wenn ein Land seine Interessen berührt sieht (Art. 23 V GG).

Die regierenden Bürgermeister von Berlin – Ernst Reuter bis Richard von Weizsäcker – hatten ihre größte Stunde, wenn sie sich mit der Autorität ihres Amtes an die Völker der Welt wandten, damit diese auf ihre Stadtstaaten schauten. Die Bevölkerung braucht gerade in Krisenzeiten den Schutz föderaler Vielseitigkeit und Mitbestimmung, um sich nicht wie ein Korken auf der Welle bei supranationalen Wahnsinnsentscheidungen fühlen zu müssen.

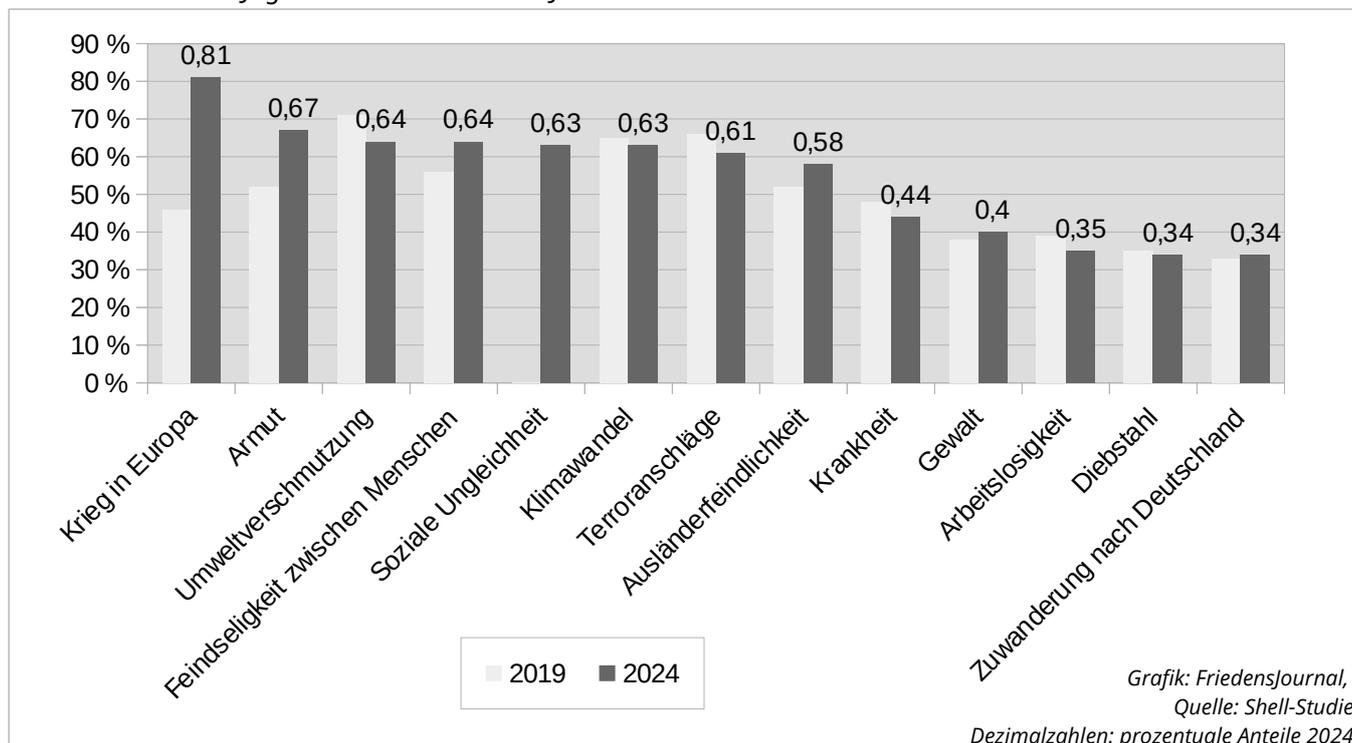
Dem Eskalieren von Meinungsverschiedenheiten zu bewaffneten Konflikten, von bewaffneten Konflikten zu Kriegen und von Kriegen zu Atomkriegen mit allen Sinnen und Kräften entgegenzutreten, ist eine Menschheitsaufgabe. Man kann das – im Gegensatz zum *„Wutbürger“* – Verantwortungsbürgertum nennen.

Wenn Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, sich heute und hier zu diesem Zweck versammelt haben, ungeachtet aller politischen Unterschiede, ist das ein Ausdruck der Loyalität und Treue zu diesen Zielen und jedermann in Deutschland sollte Ihnen – gerade am Tag der Deutschen Einheit – dafür dankbar sein.

Quelle: Rationalgalerie (Uli Gellermann)

Jugendliche haben Angst vor ...

Shell-Studie über Jugendliche von 12 bis 25 Jahren



Auszüge aus der Zusammenfassung der Studie, die Ende September 2024 veröffentlicht wurde.

Das politische Interesse von Jugendlichen ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen. Aktuell bezeichnen sich 55% von ihnen als politisch interessiert. Noch in den 1990er und 2000er Jahren lagen diese Werte viel niedriger, 2002 sogar nur noch bei 34%. Bei Mädchen und Jungen sind keine nennenswerten Unterschiede mehr zu verzeichnen. Politik ist nicht mehr vorwiegend »Männersache«. [...]

In ihren Ängsten unterscheiden sich junge Leute nach Bildungsgrad: Jugendliche mit höherer Bildungsposition sorgen sich vor allem um den Klimawandel und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aber auch ihre Sorge um die wirtschaftliche Lage hat zugenommen. Bei Jugendlichen mit mittlerer oder niedrigerer Bildungsposition steht inzwischen wieder die Angst vor einer verschlechterten wirtschaftlichen Lage im Vordergrund. Klima und gesellschaftlicher Zusammenhalt bleiben für sie relevant. Migration und Zuwanderung sind hingegen vor allem eine Sorge von Jugendlichen mit niedrigerer Bildungsposition.

Krieg und Frieden als neue Wirklichkeit im Leben junger Menschen – Empörung und Sorge

[...] 69% der Jugendlichen (Altersgruppe 15 bis 25 Jahre) sprechen sich für und nur 6% gegen eine starke NATO aus. Unterschiede zwischen Jugendlichen aus dem Osten und dem Westen gibt es dabei kaum. Ähnlich fällt die Bewertung des russischen Angriffskrieges aus. Der Aussage »Russland hat die Ukraine angegriffen und muss dafür bestraft werden« stimmen 60% der Jugendlichen zu, nur 13% insgesamt, aber immerhin 21% im Osten, sehen dies explizit anders. Die Verurteilung Russlands geht allerdings nicht mit einer uneingeschränkten Unterstützung der Ukraine einher: Nur 50% wollen, dass Deutschland die Ukraine militärisch unterstützt, die Zustimmung ist im Osten mit 44% im Vergleich zu 52% der Jugendlichen aus den westlichen Bundesländern geringer ausgeprägt. 24% lehnen dies hingegen ab: 22% im Westen und 34% im Osten. [...]

Israel und der Gaza-Krieg sind umstritten

Weniger einig präsentieren sich die Jugendlichen (Altersgruppe 15 bis 25 Jahre) bei der Bewertung des Gaza-Krieges, der militärischen Reaktion Israels auf den Terrorangriff der Hamas. [...] Soziodemografisch betrachtet, ist nicht zu übersehen, dass zugewanderte Menschen aus dem muslimischen Kulturraum zum Teil deutlich andere Ansichten vertreten als die nicht-muslimischen Menschen.

Unter allen Jugendlichen begrüßt es knapp ein Drittel (30%), dass sich Deutschland klar auf die Seite Israels gestellt hat, genauso viele lehnen dies jedoch auch ab. Etwa ein Viertel (27%) ist hier unentschieden. Demgegenüber spricht sich etwa die Hälfte (52%) dafür aus, dass Deutschland das mit dem Gaza-Krieg verbundene Leid der palästinensischen Bevölkerung deutlicher anerkennen sollte. Nur 11% sehen dies anders, ein Viertel (26%) ist unentschieden. Die besondere Verpflichtung Deutschlands gegenüber Israel betont mit 32% etwa ein Drittel der Jugendlichen. [...]



IMI-Kongress 2024

ZEITENWENDE IN BILDUNG UND HOCHSCHULE – 15. bis 17. November 2024 (Tübingen)



Fast unmittelbar nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine verkündete der deutsche Bundeskanzler Scholz die „Zeitenwende“; seit dem versucht die Politik, die Gesellschaft „kriegstüchtig“ zu machen. Während im Parlament hierzu große Mehrheiten bestehen, das Sondervermögen samt Grundgesetzänderung ungehindert verabschiedet werden konnte, ist bei weiteren Initiativen zur „Kriegstüchtigkeit“ mit größeren Widerständen zu rechnen – auch weil die Gesellschaft als Ganzes oder in einzelnen Bereichen mitspielen muss.

Besondere Umbrüche stehen u.a. im Bereich Bildung und Wissenschaft bevor. So bestehen verschiedene Initiativen, sog. „Zivilklauseln“ abzuschaffen oder gar zu verbieten und die Hochschulen enger mit Rüstung und Militär zu verzahnen. Hiergegen regt sich Widerstand. Auch Schulen sollen künftig ihren Beitrag zur Wehrfähigkeit leisten und der Bundeswehr als Rekrutierungspool dienen. Mittelfristig wird sich die Frage stellen, was für Folgen die aktuell in der Außenpolitik vertretene Maxime – Gewalt als Mittel der Konfliktbearbeitung – für das (Selbst-)Verständnis von Schulen, Lehrkräften und der Pädagogik im Allgemeinen bedeuten werden. Zum Ende des Kongresses wollen wir Wege aus der Eskalationsspirale ausloten und auch der Frage nachgehen, welchen Antworten die aktuell insbesondere von jungen Menschen getragene Bewegungen bieten.

PROGRAMM

FREITAG, 15.11.2024: Gesellige Auftaktveranstaltung in der Schellingstraße 6, ab 19.00 Uhr

SAMSTAG, 16.11.2024: Zeitenwende in Bildung und Hochschulen

12:15-12:45 **Hintergrund: Militarisierung bis in die Kapillaren**

- Elemente der Zeitenwende (Tobias Pflüger)
- Der herrschende Diskurs (Christoph Marischka)

12:50-14:15 **Gewalt, Politik und Jugend**

- Binäre Konstruktionen von Freund und Feind (Barbara Stauber)
 - Rekrutierung in den Social Media: Stärke und Männlichkeit als neue Werte? (Jacqueline Andres)
- Video: Wehrkundeunterricht: Ein Blick nach Lettland

14:45-16:15 **Schulen als Rekrutierungspool**

- Jugendoffiziere und Karriereberater*innen an Schulen: Die Perspektive der Rekrutierten (Jonny Fischer)
- Wehrpflicht: Debatte und praktische Herausforderungen (N.N.)
- Wehrpflicht: Was bedeutet das für Kita und Schulen (N.N.)

16:45-18:45 **Kämpfe um Wissenschaft und Zivilklauseln (Panel)**

– Das Bayerische Bundeswehr-Gesetz (Mark Ellmann)

– Ideologische Aufrüstung am Beispiel der Universität Tübingen (Sophie Voigtmann und Matthias Rude)

– Die Initiative Hochschulen für den Frieden – Ja zur Zivilklausel“ (Senta Pineau)

19:30-21:00 **Interventionen aus Forschung und Wissenschaft**

– Kritische Forschung zu Autonomen Waffensystemen (Jens Hälterlein)

– Teilchenbeschleuniger – Forschung mit zivilen und friedlichen Zielen? (Hannes Jung)

– Naturwissenschaftliche Positionen zu Rüstungsforschung (Manuel Kreutle)

SONNTAG, 17.11.2024: Gegengewürfe zu Gewalt und (mentaler) Aufrüstung

10:00-11:30 **Wege aus der Eskalationsspirale**

– Perspektiven zur Beendigung des Ukraine-Krieges (Jürgen Wagner)

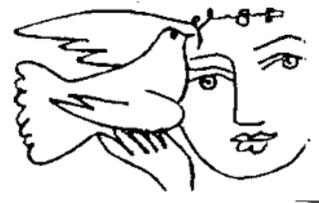
– Rüstungskontrolle: Zurück zur Kooperation auch unter Gegnern (Marius Pletsch)

11:45-12:45 **Gesellschaftliche Polarisierung und Repression überwinden** (Claudia Haydt)

13:00-14:30 **Abschlusspodium: Junge Bewegungen gegen Krieg und Militarisierung**

Weitere Infos (u.a. Organisation, Live-Übertragung) unter www.imi-online.de

Bundesweiter Friedensratschlag in Kassel am 30. Nov. und 1. Dez. 2024



*"Krieg ist nicht mehr die ultima ratio, sondern die ultima irratio."
Willy Brandt (1971)*

Friedfertig statt kriegstüchtig

- Strategien für eine Politik jenseits der Kriegslogik

Nach der Ausweitung der Krisen und Kriege in vielen Regionen der Welt sowie wichtigen politischen Ereignissen in diesem Jahr bedarf es einer analytischen Bestandsaufnahme und strategischer Überlegungen für die Friedensbewegung und den sich abzeichnenden Aktivitäten des nächsten Jahres.

Aktuell ist die Welt mit mehreren Konfliktzonen konfrontiert, die zum globalen Atomkrieg eskalieren können: Die Kriege in der Ukraine und in Westasien sowie das Säbelrasseln im Westpazifik.

Die deutsche Bundesregierung trägt dabei aktiv zur Eskalation bei, mit verstärkter Kriegsrhetorik, Waffenlieferungen, und durch ihre interessengeleitete Unterordnung unter die USA, mit der sie auch die eigene Position innerhalb der NATO stärken will. Das drückt sich aus in der Rolle Deutschlands als Hauptdrehkreuz innerhalb der NATO und gipfelt in der zugesagten Stationierung von US-Mittelstreckenwaffen in Deutschland.

In Europa will sie die Führung übernehmen, rüstet dafür auf wie nie und droht den Sozialstaat zu zerstören, um Absatzmärkte, Rohstoffe und Handelsrouten zu sichern. Sie fördert das Feindbild Russland und spaltet die Gesellschaft.

Gemeinsam mit den überall auf der Welt erstarkenden internationalen Bewegungen wollen wir mit dem Friedensratschlag unsere Anstrengungen, den Frieden zu gewinnen, ausbauen und die Lebensgrundlagen auf dem Planeten erhalten.

Einlass und Anmeldung am Samstag ab 11 Uhr

Sa. 12:15 – 14:15 | Plenum

Begrüßung und Eröffnungsvorträge

Globalisierte NATO und Rolle der USA – *Erhard Crome*

Die Rolle der UNO für eine friedliche Weltordnung

– *Michael von der Schulenburg*

Rüstungswahn und Sozialkollaps – *Sevim Dagdelen*

Innere Militarisierung und Repression – *Rolf Gössner*

Sa. 14:45 – 16:15 | Workshops Block 1

Relevanz internationaler Entwicklungen auf deutsche und EU-Politik – *Erhard Crome und Michael von der Schulenburg*

Innenpolitische Auswirkungen der Kriegspolitik

– *Sevim Dagdelen und Rolf Gössner*

Krieg in Westasien und globale Wirkungen

– *Karin Kulow und Wieland Hoban*

Afrika im Zentrum geopolitischer Entwicklungen

– *Boniface Mabanza und Frauke Banse*

Positionspapier „Friedenspolitik für die Welt des 21. Jahrhunderts“ – *Reiner Braun*

Sa. 16:30 – 18:00 | Workshops Block 2

China im Fokus westlicher Globalstrategien

– *Norman Paech*

Lateinamerika zwischen Reaktion und Revolution?

– *Robert Kohl Parra*

Russland – Weltmacht im Wartestand?

– *Kerstin Kaiser*

BlackRock als Koordinator für den "Wiederaufbau" der Ukraine – *Werner Rügemer*

Aggression und Kriege gegen Klima und die Alternativen

– *Michael Müller*

Sa. 18:30 – 19:30 | Plenum

Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Deutschland

– *Jürgen Scheffran*

So. 9:00 – 10:00 | Plenum

Vortrag: Friedensfragen und ökonomische Krise
– *Hans-Jürgen Urban*

So. 10:15 – 11:45 | Workshops

Gewerkschaftliche Friedensarbeit

– *Anne Rieger und Hans-Jürgen Urban*

Jugend und Universitäten gegen Militarisierung

– *Werner Ruf, N.N. (AK Zivilklausel)*

Wiedereinführung der Wehrpflicht und Militarisierung der Schulen – *N.N. (SDAJ)*

US-Militärstützpunkte, Kriegsmanöver und standortbezogene Aktionen der Friedensbewegung

– *Karl-Heinz Peil und Torsten Schleip*

Rechtsentwicklung und Kampf gegen rechts

– *Norbert Birkwald und Ulrich Schneider*

Coronapolitik und Friedensbewegung

– *Marion Küpker*

So. 12:00 – 14:00 | Plenum

Diskussionsrunde: Was tun gegen die Stationierung neuer Raketen in Deutschland?

Organisatorische Hinweise

Ort: *Philipp-Scheidemann-Haus, Halitplatz / Holländische Str. 74*

Näheres online auf <https://friedensratschlag.de>

Anreise mit Bahn und ÖPNV: von Kassel-Wilhelmshöhe mit ÖPNV-Ziel: **Halitplatz** mit Tram 1 Richtung Vellmar

Anreise mit Pkw: **Holländische Str. 74, 34127 Kassel**

Anmeldung und Kostenbeitrag: Für Teilnehmende wird an der Anmeldung vor Ort ein Standardbeitrag von **25 Euro** und reduziert von **15 Euro** erhoben. Reduzierung auf 15 Euro (z.B. Hartz IV, Studenten) bitte bei der Anmeldung angeben.

Bitte Anmeldung möglichst per Online-Formular unter <https://frieden-und-zukunft.de/anmeldung-friedensratschlag-2024/>

Hotel-**Übernachtungen** müssen evtl. im weiteren Umfeld gebucht werden, wo eine gute Tram-Anbindung gegeben ist, z.B. in der Wilhelmshöher Allee.



Der Ukraine-Krieg als Urkatastrophe des 21. Jahrhunderts

Seite 3 bis 5

Quelle: Fünf Kriege in einem

<https://overton-magazin.de/hintergrund/politik/fuenf-kriege-in-einem/>

Infos zum Autor:

<https://patrikbaab.de>

Nukleare Abschreckung und russische Reaktionen

Seite 6 und 7

Quelle: Globalbridge vom 27.9.2024: Wie sollte Russland auf die Provokationen im baltischen Raum reagieren?

<https://globalbridge.ch/nukleare-abschreckung-und-andere-wege-zur-friedenssicherung/>

dazu der NZZ-Artikel:

<https://www.nzz.ch/pro/ukraine-krieg-das-ende-der-nuklearen-abschreckung-russlands-ld.1848212>

Berliner Politiker: die Pokerspieler

Seite 8 und 9

Quelle: *German Foreign Policy* / 16.9.24 (Bezahlschranke)

<https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/9684>

Fußnoten:

[1] Lynn Kuok: Narrowing the differences between China and the US over the Taiwan strait. iiss.org 13.07.2022.

[2], [3] Michael Paul: Die USA, China und die Freiheit der See. SWP-Aktuell 14. Berlin, März 2016.

[4] Christian Schaller: Spionage und Sabotage vor Europas Küsten – Kritische Infrastruktur im Fadenkreuz. SWP-Studie 2024/S8. Berlin, 28.02.2024.

[5] Die Baden-Württemberg-Klasse: Marathonläufer für den Einsatz. bundeswehr.de.

[6] Deutsche Marine durchquert umstrittene Taiwanstraße. tagesschau.de 13.09.2024.

[7] Reinhard Lauterbach: Ist ein Pilot an Bord? junge Welt 14.09.2024.

[8] S. dazu [Das Kriegskriterium](#).

[9], [10], [11] Die Taurus-Debatte ist zurück. spiegel.de 13.09.2024.

Überlegenheit der USA gegen Atomwaffenarsenal Russlands und Chinas

Seite 12 und 13

Quelle: USA können atomare Startrampen Russlands und Chinas in 2 Stunden zerstören

Telepolis, 7.9.2024

<https://www.telepolis.de/features/Studie-USA-koennen-atomare-Startrampen-Russlands-und-Chinas-in-2-Stunden-zerstoeren-9860415.html>

NATO-Militärbasen in Nord- und Osteuropa

Seite 15

Link zu den englischsprachigen Vortragsunterlagen, die dem Fact Sheet zugrunde gelegt wurden:

<https://visualbases.org/updates-about-foreign-military-bases/>

Jugendliche haben Angst vor ...

Seite 18

Quelle: <https://www.shell.de/ueber-uns/initiativen/shell-jugendstudie-2024/informationsmaterial-2024.html>